

Auf einen Blick

- Das weltwirtschaftliche Umfeld außerhalb des Euroraums stellt sich im Prognosezeitraum als relativ stabil dar. Dagegen verharrt der Euroraum weiterhin in der Rezession. Die Fiskalpolitik im Euroraum außerhalb Deutschlands bleibt restriktiv, wenn auch der Umfang der zusätzlich in Kraft tretenden Konsolidierungsmaßnahmen leicht geringer ausfallen wird. Gleichwohl bleibt die damit verbundene Belastung der Inlandsnachfrage hoch. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Durchschnitt dieses Jahres um 0,4 % und im Jahr 2013 um 0,5 % schrumpfen.
- Die Konjunktur in Deutschland befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen dem Sog nach unten aus den Krisenländern und einem stabilen weltwirtschaftlichen Umfeld. Für den Prognosezeitraum ist mit einem insgesamt verhaltenen Produktionsanstieg zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2012 steigt das Bruttoinlandsprodukt um 0,7 % und im Jahr 2013 um 0,8 %. Die Arbeitslosenquote wird 2013 im Jahresdurchschnitt bei 7,0 % liegen, nach 6,8 % im Jahr 2012.

Auf des Messers Schneide

Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2013

Arbeitskreis Konjunktur¹

Der gespaltene Währungsraum

Ein Riss geht durch den Euroraum. Auf der einen Seite eine steigende Anzahl von EWU-Ländern, die durch die Krise in eine Rezession oder gar in eine tiefe Depression geraten sind. Auf der anderen Seite einzelne Volkswirtschaften wie Deutschland, denen es bislang gelungen ist, sich der Krise halbwegs zu entziehen. Für diese unterschiedliche Entwicklung gibt es zwei wesentliche Gründe: Maßgeblich ist zum einen, ob ein Land zu einem Austeritätskurs gezwungen ist und zum anderen, ob es ausgeprägte Handelsbeziehungen zu Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums unterhält. Solange die Entwicklung der Weltwirtschaft trotz der Krise im Euroraum im Kern aufwärts gerichtet bleibt, kann eine Volkswirtschaft wie Deutschland, die außenwirtschaftlich traditionell eng mit den USA verbunden ist und sich darüber hinaus in den vergangenen Jahren verstärkt nach Osteuropa und Asien orientiert hat, einen Rückgang der Nachfrage aus dem Euroraum mit verstärkten Exporten in diese Regionen zu einem gewissen Grade auffangen. In den kommenden Monaten wird Deutschland davon profitieren, dass der Euro im Zuge der Rezession im Euroraum deutlich abgewertet hat, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gegenüber Konkurrenten außerhalb der Währungsunion verbesserte. Des Weiteren hat sich nach den Wahlen in den USA die Wahrscheinlichkeit für einen Absturz der US-amerikanischen Konjunktur wegen des sogenannten „Fiscal Cliff“, bei dem der amerikanische Staat zu massiven Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen gezwungen wäre, erheblich vermindert. Dies hätte die globale Nachfrage stark belastet. Damit stellt sich das weltwirtschaftliche Umfeld außerhalb des Euroraums als relativ stabil dar. Das gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Krise im Euroraum sich nicht in einer Weise verschärft, die die Weltwirtschaft insgesamt spürbar in Mitleidenschaft zieht.

Trotz des stabilen weltwirtschaftlichen Umfeldes wird der Euroraum als Ganzes in einer selbsterzeugten Krise verharren. Der Kern des Problems ist der restriktive fiskalpolitische Kurs in den europäischen Krisenländern, der die Wirtschaft dort in eine tiefe Rezession versetzt hat. Die Konjunktur am Ende des Jahres 2012 weist damit genau jene Züge auf, die in der IMK Prognose

¹ Gustav Horn, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Fabian Lindner, Ansgar Rannenber, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Silke Tober, Andrew Watt, Rudolf Zwiener

vor einem Jahr befürchtet worden waren (Horn et al., 2011, S.1). Die von manchen (IfW 2011, S. 17 / RWI 2012, S. 37 / DIW 2012, S. 10 ff.) erwartete Belebung in Europa zur Jahresmitte ist dagegen ausgeblieben. Im Gegenteil, die konjunkturelle Krise im Euroraum hat sich im Verlauf des Jahres verschärft. Auch für Deutschland wird gegen Ende dieses Jahres mit einem Rückgang der Industrieproduktion gerechnet.

Hoffen lässt hingegen, dass anders als noch vor einem Jahr nunmehr sehr wahrscheinlich ist, dass der Euroraum auf absehbare Zeit nicht zerbrechen dürfte. Die Regierungen des Euroraums hatten zwar ihren politischen Willen hierzu seit längerem bekundet. Mit der allseitigen Aufgabe des politischen Widerstands gegen angekündigte und grundsätzlich unbegrenzte Interventionen der EZB haben sie diesen Willen nunmehr jedoch glaubhaft untermauert. Wegen dieser Grundsatzentscheidung haben sich die Finanzmärkte bereits seit dem Sommer 2012 merklich beruhigt. Selbst die noch vor einiger Zeit so gefürchteten Herabstufungen einzelner Volkswirtschaften durch Rating-Agenturen konnten dem nichts anhaben.

Die Stabilisierung des Euroraums würde wesentlich rascher und durchgreifender geschehen, wenn die richtige Entscheidung der EZB zur unbegrenzten Intervention nicht an die falsche Konsolidierungsstrategie einer Austeritätspolitik gekoppelt wäre. Dieser fiskalpolitische Kurs ist erkennbar gescheitert und je schneller er verlassen wird, desto rascher wird sich der Euroraum erholen. Würde er jedoch unverändert beibehalten oder sogar verschärft, kann auf Dauer doch noch ein Zerfall des Euroraums eintreten – mit unabsehbaren Konsequenzen für alle Mitgliedstaaten. Damit wird hier für den Prognosezeitraum nicht gerechnet.

Weltwirtschaft bleibt stabil

Von der Weltwirtschaft außerhalb Europas werden im Prognosezeitraum im Großen und Ganzen positive Impulse ausgehen. Für die USA wird in der Prognose von einer Einigung zwischen Präsident Obama und dem republikanisch dominierten Repräsentantenhaus bezüglich der Vermeidung des „Fiscal Cliff“ ausgegangen, so dass die fiskalische Restriktion Anfang des kommenden Jahres weit hinter der derzeit noch gesetzlich angelegten Kombination von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zurückbleiben wird. Der Aufschwung wird sich deshalb leicht gebremst fortsetzen. In Japan wird dagegen eine Abschwächung des Wachstums erfolgen, während im Rest von Asien sowie in Lateinamerika nicht zuletzt aufgrund von geld- und

fiskalpolitischen Impulsen eine Beschleunigung des Wachstums zu erwarten ist.

US-Wirtschaft setzt Erholung fort

Die US-Wirtschaft erholt sich langsam aber stetig von der Wirtschaftskrise. Besonders der private Wohnungsbau hat seit Ende 2011 wieder Fahrt aufgenommen. Er ist traditionell ein Vorläufer des US-Wachstums. Auch der private Konsum, der bis zur Krise zusammen mit dem privaten Wohnungsbau der Haupttreiber des US-Wachstums war, erholt sich. Dies liegt daran, dass das verfügbare Einkommen der Haushalte im Trend wieder steigt und die Haushalte seit dem zweiten Quartal netto wieder Kredite zur Immobilienfinanzierung aufnehmen, nachdem sie vier Jahre lang mehr Schulden getilgt als neu aufgenommen haben (Abbildung 1).

Die Arbeitslosigkeit ist zwar weiterhin hoch, geht aber stetig zurück. Im November lag sie mit 7,7 % deutlich unter dem Höchststand von 10 % im Oktober 2009. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen² an allen Arbeitslosen ist rückläufig, auch wenn er mit 40,1 % im November weiterhin nahe dem historischen Höchstniveau liegt. Die Beschäftigungsquote nimmt leicht zu.

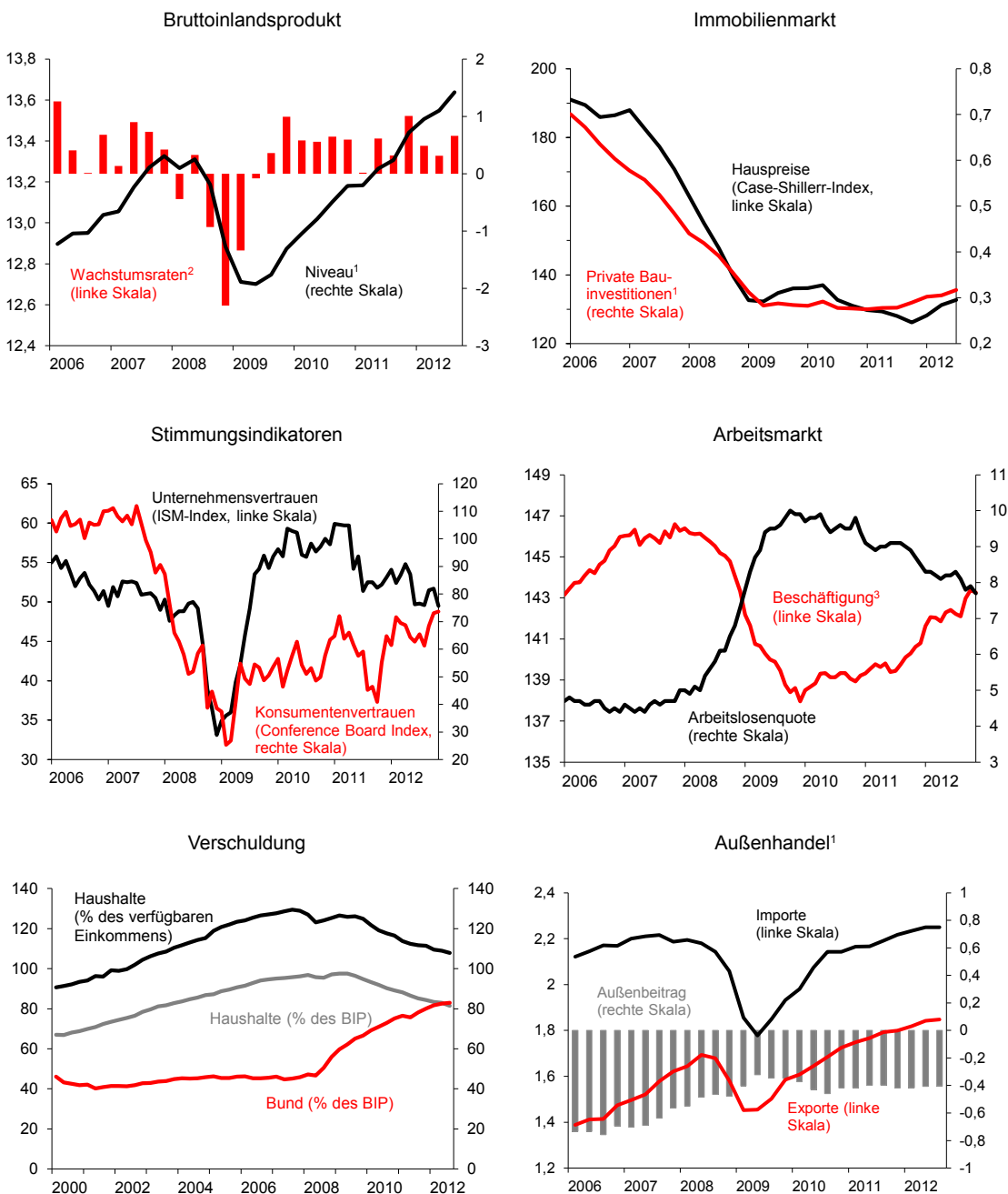
Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass sich der Immobiliensektor in den USA allmählich stabilisiert. Die Immobilienpreise, gemessen am Case-Shiller-Index, stiegen zuletzt wieder. Auch die Leerstände haben stark abgenommen. Damit deutet sich eine Normalisierung des Marktes für bestehende Immobilien an. Des Weiteren hat auch der private Wohnungsbau in den ersten drei Quartalen 2012 um mehr als 11 % zugelegt, allerdings von einem sehr geringen Niveau aus.

Im Gegensatz zum privaten Bau haben sich die Ausrüstungsinvestitionen zuletzt deutlich abgeschwächt. Nahmen sie wegen der steigenden Unternehmensgewinne und der niedrigen Zinsen 2011 noch recht kräftig zu, schwächten sie sich im Laufe des Jahres 2012 ab und waren im dritten Quartal mit -0,6 % gegenüber dem Vorquartal sogar rückläufig. Die Abschwächung könnte damit zu erklären sein, dass die Unternehmen wegen der politischen Auseinandersetzung über das „Fiscal Cliff“ über den fiskalpolitischen Kurs im Jahr 2013 verunsichert sind.

Zwar haben die staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben im dritten Quartal 2012 das erste Mal seit Mitte 2010 einen positiven Wachstumsbeitrag geleistet, ab dem 1. Januar 2013 sollen aber nach geltender Rechtslage umfassende

² Als Langzeitarbeitslose werden in den USA Personen bezeichnet, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind.

Konjunkturindikatoren für die USA



¹ Billionen US-Dollar, preis- und saisonbereinigte annualisierte Quartalsdaten.
² Veränderung gegenüber Vorquartal in %.
³ Millionen Personen.

Quellen: Conference Board; ISM Manufacturing; PMI Composite Index; Standard & Poors; US Department of Commerce, Bureau of Labor Statistics, Bureau of Economic Analysis; Federal Reserve; Berechnungen des IMK.



Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen in Kraft treten. So sollen die Einkommensteuern und die Sozialbeiträge stark steigen und die Arbeitslosenunterstützung sowie diskretionäre Ausgaben des Staates deutlich sinken. Nach Berechnungen des Congressional Budget Office (CBO) würden die staatlichen Einnahmen damit im Jahr 2013 um

etwa 2,7 % des BIP steigen und die Ausgaben um 0,5 % des BIP fallen (CBO 2012). Die meisten dieser Maßnahmen würden die Wirtschaft im Laufe des Jahres in die Rezession treiben.

Nachdem die politischen Fronten lange Zeit verhärtet waren, gibt es derzeit Anlass zur Hoffnung, dass es den politischen Akteuren gelingen wird,

das „Fiscal Cliff“ zu vermeiden. So haben sowohl der wieder gewählte US-Präsident Barack Obama als auch die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus angekündigt, diese fiskalische Restriktion abmildern zu wollen. Es ist jedoch nicht abzusehen, wie diese Einigung aussehen wird. Für die Prognose wird unterstellt, dass eine Einigung gelingt und die fiskalische Restriktion im kommenden Jahr deutlich geringer ausfallen wird, als dies bei der derzeit geltenden Gesetzeslage angelegt ist. Dennoch wird das US-amerikanische Wirtschaftswachstum 2013 durch den restriktiveren Kurs der Fiskalpolitik belastet werden.

Von der Geldpolitik gehen weiterhin stark expansive Impulse aus. Am 13. September 2012 hatte die US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) ihre Geldpolitik erneut gelockert und diese Politik auf ihrer letzten Sitzung im Oktober aufrechterhalten. So wird die Fed ihren niedrigen Leitzins von 0 bis 0,25 % bis Mitte 2015 beibehalten. Darüber hinaus verkauft sie verstärkt kurzfristige Staatsanleihen, um mit den Erlösen langfristige Staatsanleihen zu erwerben. Durch diese „Operation Twist“ sollen die langfristigen Zinsen gesenkt werden. Zudem er-

wirbt die Fed weiterhin hypothekengesicherte Anleihen, um die Hypothekenzinsen gering zu halten und damit den privaten Wohnungsbau zu stützen.

Das BIP wird in diesem Jahr noch mit einer Durchschnittsrate von 2,1 % zunehmen. Im Jahr 2013 wird die durchschnittliche Wachstumsrate mit der zu erwartenden fiskalischen Restriktion bei 1,7 % liegen. In diesem Jahr ist mit einer Inflation von 2,1 % zu rechnen, 2013 mit einer Inflationsrate von 1,8 %.

Leichte Impulse aus Asien und Lateinamerika

Das japanische BIP hat im dritten Quartal gegenüber demselben Quartal des Vorjahres um 0,5 % zugelegt; im dritten Quartal ist es allerdings um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Ursächlich für diesen merklichen Rückgang war eine schwächere Exportentwicklung, maßgeblich verursacht durch eine geringere Nachfrage aus China. Zudem schwächte eine angesichts des beträchtlichen BIP-Rückgangs robuste Importentwicklung den Beitrag des Außenhandels, die allerdings durch Vorzieheffekte auf eine angekündigte Steuer auf Rohöl und andere Energieträger zu erklären ist. Stark stützend wirkte dagegen die Staatsnachfra-

TABELLE 1

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger Handelspartner

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Exportanteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2011	2012	2013	2011	2012	2013
Europa							
Euroraum	39,6	1,5	-0,4	-0,5	2,8	2,4	1,7
UK	6,2	0,9	-0,2	0,4	4,5	2,7	2,1
MOE ³	9,9	3,2	1,1	1,5	4,0	3,5	2,6
Schweiz	4,5	1,9	0,8	1,1	0,2	-0,6	0,1
Russland	3,2	4,3	3,4	3,8	8,4	5,0	6,4
Türkei	1,9	8,5	2,9	4,1	6,5	9,1	6,9
Asien							
China	6,1	9,3	7,5	8,5	5,5	2,6	1,5
Japan	1,4	-0,7	1,6	0,7	-0,3	0,0	-0,5
Südkorea	1,1	3,6	2,2	3,1	4,0	2,2	2,7
Indien	1,0	7,8	4,5	5,9	8,9	9,3	8,3
Amerika							
USA	7,0	1,8	2,1	1,7	3,2	2,1	1,8
Brasilien	1,1	2,7	1,5	4,0	5,0	6,6	5,6
Summe⁴	83,0	2,2	0,9	1,0			

¹ Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2011 in %.

² HVPI für Euroraum sowie deren Mitgliedsländer, Schweiz und Türkei, Gewichte in der EU und im Euroraum nach Eurostat-Angaben zum HVPI.

³ Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland.

⁴ Summe der Veränderungsdaten der oben aufgeführten Länder, gewichtet mit dem Exportanteil.

ge. Der positive Impuls von dieser Seite wird allerdings mit Abschluss des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im letzten Jahr betroffenen Regionen nachlassen. Ebenso werden Steuererhöhungen das Wachstum des privaten Konsums im kommenden Jahr bremsen. Trotz der expansiven Wirkung der fortgesetzten Politik der quantitativen Lockerung durch die Bank of Japan wird sich das Wachstum deshalb abschwächen (Tabelle 1).

Um einer drohenden Überhitzung der heimischen Wirtschaft vorzubeugen, hatten in den vergangenen Jahren die Zentralbanken einiger wichtiger Schwellenländer die Geldpolitik gestrafft. In China und Brasilien wurde auch die Fiskalpolitik deutlich restriktiver. Als Reaktion auf die Verlangsamung des Wachstums im laufenden Jahr sind jedoch Geld- und Fiskalpolitik zuletzt wieder deutlich expansiver geworden.

In China hat sich das Wachstum im Jahresverlauf auf 7,4 % verlangsamt, dem niedrigsten Wert im letzten Jahrzehnt. Ursächlich hierfür war das langsamere Wachstum der Exporte sowie die Bemühungen der Regierung, durch eine restriktivere Geld- und Fiskalpolitik die Inflation zu dämpfen und eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden. Angesichts des deutlichen Rückganges der Inflation im laufenden Jahr hat die Bank of China den dreimonatigen Zinssatz seit Juli 2011 kontinuierlich um insgesamt 2,3 Prozentpunkte gesenkt. Zudem wurden die Staatsausgaben im laufenden Jahr verstärkt ausgeweitet. Beides wird die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr stützen. Erstes Anzeichen für die Wirkung dieser Maßnahmen ist das Anziehen der Industrieproduktion im September 2012.

Ähnlich wie in China hat auch die indische Zentralbank im Laufe des vergangenen Jahres die Geldpolitik spürbar gelockert, um das sich abschwächende Wachstum zu stützen, und zwar sowohl über eine Senkung des kurzfristigen Zinssatzes als auch durch eine Verringerung des Mindestreservesatzes. Eine Fortsetzung der Lockerung ist durchaus realistisch, da der im laufenden Jahr zu beobachtende Inflationsanstieg vor allem auf eine einmalige Anhebung der staatlich regulierten Benzinpreise zurückzuführen war.

Auch die brasilianische Zentralbank hat als Reaktion auf eine starke Verlangsamung des Wachstums im vergangenen und im laufenden Jahr die geldpolitischen Zügel spürbar gelockert. Der Leitzins wurde seit Mitte 2011 um 5,3 Prozentpunkte auf ein historisches Tief von 7,3 % gesenkt. Bei einer gleichzeitig stabilen Inflationsrate ging diese Senkung praktisch komplett in einen geringeren Realzins über. Zudem hat die Regierung den fis-

kalpolitischen Kurs gelockert, zum Beispiel indem Anreize gesetzt wurden, die die Nachfrage nach Personenkraftwagen beleben.

EU-Länder außerhalb des Euroraums bremsen

In den EU-Ländern außerhalb des Euroraums bleibt das Wachstum schwach; im Falle Polens verlangsamte es sich erstmalig seit der Finanzkrise.

Im Vereinigten Königreich ist das BIP im dritten Quartal gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres um 0,1 % geschrumpft. Die Bruttoanlageinvestitionen stagnierten im Jahresverlauf, und vom Außenhandel kam ein leicht negativer Impuls. Stark negativ war der Wachstumsbeitrag des Lagers. Dagegen trugen öffentlicher und privater Konsum gleichermaßen positiv zum Wachstum bei. Der Anstieg des privaten Konsums wurde durch die kräftige Expansion des realen verfügbaren Einkommens ermöglicht. Letztere ist zum einen auf die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in der Gesamtwirtschaft zurückzuführen (+0,9 % im 2. Quartal 2012 gegenüber dem 2. Quartal 2011). Zum anderen beendete das reale Arbeitnehmerentgelt pro Kopf im 2. Quartal 2011 seinen seit Ende 2009 andauernden negativen Trend. Aufgrund der viel geringeren Inflation sowie einer Beschleunigung des Nominallohnwachstums ist es seit dem 2. Quartal 2011 stabil.

Der Anstieg der Beschäftigung trotz der anämischen BIP-Entwicklung implizierte einen spürbaren Rückgang der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten. Der Beschäftigungsanstieg kann nur zum Teil durch eine ebenfalls zu beobachtende Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und der – möglicherweise unfreiwilliger – Selbstständigkeit erklärt werden, so dass eine schwer erklärbare Hortung von Arbeitskräften durch den privaten Unternehmenssektor auch eine Rolle spielen muss (Europäische Kommission 2012). Die damit einhergehende Stützung von Beschäftigung und privatem Konsum ist zwar willkommen. Allerdings ist fraglich, wie lange die Unternehmen diesen Kurs fortsetzen werden, zumal die Arbeitsproduktivität immer noch um 3,9 % unter ihrem Vorkrisenniveau liegt. Ohne eine spürbare Belebung des BIP-Wachstums könnte ein nachgelagerter Beschäftigungsabbau drohen.

Die Fiskalpolitik im Vereinigten Königreich bleibt im Jahr 2013 restriktiv, wenngleich der Umfang der zusätzlich in Kraft tretenden Konsolidierungsmaßnahmen mit einem negativen Impuls von 1,8 % des BIP nach 1,3 % im Jahr 2012 etwas geringer ausfallen wird. Das Vertrauen von Konsumenten und Unternehmen wies in den vergangenen

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger EU-Mitglieder

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt ¹			Konsumentenpreise ²		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Deutschland	3,0	0,7	0,8	2,5	2,1	1,7
Frankreich	1,7	0,2	0,5	2,3	2,3	1,4
Italien	0,6	-2,2	-3,0	2,9	3,3	2,2
Spanien	0,4	-1,3	-1,8	3,1	2,5	2,3
Niederlande	1,1	-1,2	-1,0	2,5	2,8	1,9
Belgien	1,8	-0,2	-0,2	3,5	2,5	1,5
Österreich	2,7	0,5	0,4	3,6	2,4	1,8
Griechenland	-7,1	-6,0	-4,2	3,1	1,1	-0,3
Finnland	2,7	0,3	0,3	3,3	3,0	1,9
Portugal	-1,7	-3,0	-5,0	3,6	2,9	0,6
Irland	1,4	0,1	-0,6	1,2	2,0	0,6
Luxemburg	1,7	0,4	0,4	3,7	2,9	2,0
Euroraum	1,5	-0,4	-0,5	2,8	2,4	1,7
UK	0,9	-0,2	0,4	4,5	2,7	2,1

¹ Mit Ausnahme Deutschlands auf der Basis von saison- und kalenderbereinigten Daten berechnet. Euroraum gewichtet auf Basis des nominalen BIP für 2010.

² HVPI. Euroraum mit Gewichten laut Eurostat für 2011.

Quellen: Eurostat; ab 2012 Prognose des IMK.



Quartalen keine Tendenz auf, während die Kapazitätsauslastung leicht unter ihrem langfristigen Durchschnitt lag. Die schwache Erholung wird sich in den kommenden Quartalen fortsetzen, so dass das BIP im Durchschnitt des laufenden Jahres um 0,2 % schrumpfen und im nächsten Jahr um 0,4 % zulegen wird (Tabelle 2).

Polen ist eines der ganz wenigen europäischen Länder, das die Finanz- und Wirtschaftskrise ohne nennenswerte Wachstumsverluste verkraftet hat. Der Konsum der privaten Haushalte ist während der Krise nicht zurückgegangen, der Staatsverbrauch wirkte sogar expansiv. Deshalb ist es bemerkenswert, dass sich das Wirtschaftswachstum in Polen im laufenden Jahr deutlich abgeschwächt hat. Der Tempoverlust ist auf die Schwäche der Binnennachfrage zurückzuführen. Konsum und Bruttoanlageinvestitionen spielen dabei eine gleichermaßen bremsende Rolle. Der Konsum wurde durch die Erhöhung der indirekten Steuern sowie eine Reallohnsenkung im öffentlichen Dienst gedämpft, während öffentliche Investitionen nach dem Auslaufen von Investitionsprojekten im ersten Quartal scharf reduziert wurden. Der Überschuss im Außenhandel fiel dagegen vor dem Hintergrund der schwächeren Binnennachfrage deutlich höher aus.

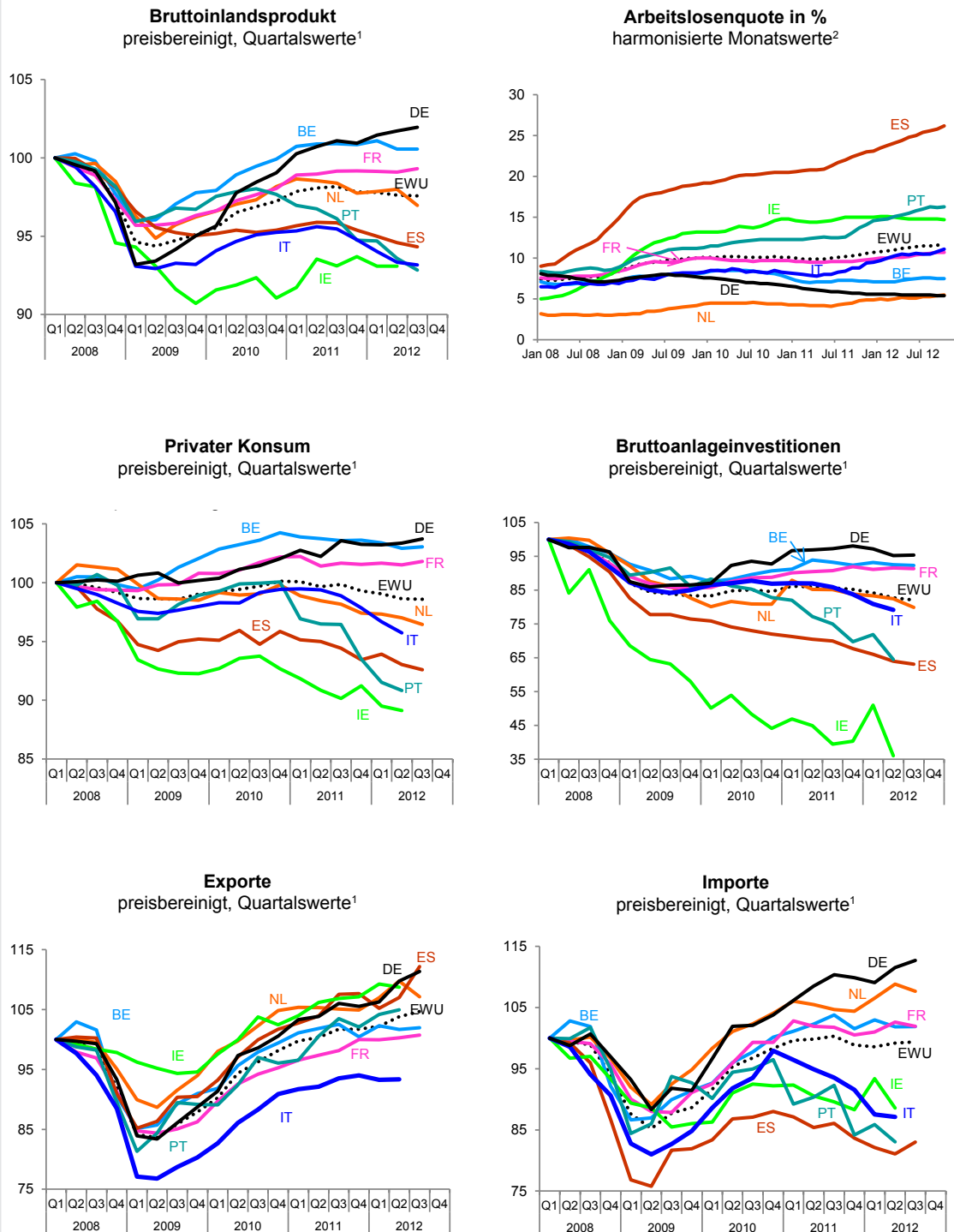
Auf der einen Seite wird sich im kommenden Jahr das Tempo der Haushaltskonsolidierung verlangsamen. Auf der anderen Seite ist das Vertrauen der privaten Haushalte seit Anfang dieses Jahres und das der Unternehmen tendenziell seit Februar 2011 rückläufig, was privaten Konsum und Investitionen weiterhin belasten wird. Alles in allem ergibt sich daraus eine spürbare Abschwächung des Wachstums.

Fortsetzung der Rezession im Euroraum

Das BIP im Euroraum ist seit dem dritten Quartal 2011 kontinuierlich geschrumpft; im Verlauf (3. Quartal 2012 gegenüber 3. Quartal 2011) ist es um 0,6 % gesunken. Der BIP-Rückgang im Euroraum insgesamt ist auf scharfe BIP-Rückgänge insbesondere in Italien (-2,4 %), Spanien (-1,6 %), Griechenland (-6 %) und den Niederlanden (-1,5 %) zurückzuführen. Ebenfalls stark rückläufig war die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung in Portugal (-3,5 %) und Finnland (-1,1 %). Die belgische Wirtschaft schrumpfte leicht, während die französische weitgehend stagnierte. Es ist offensichtlich, dass der wirtschaftliche Abschwung nun auch den Kern des Euroraums erfasst hat.

Realwirtschaftliche Auswirkungen der Krise in ausgewählten Euroländern

1. Quartal 2008 = 100



¹ Saison- und kalenderbereinigte amtliche Statistik.

² Saisonbereinigte Werte.

BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, EWU = Euroraum, FR = Frankreich, IR = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Ursächlich für die Rezession im Euroraum war ein deutlicher Rückgang der Inlandsnachfrage. Im Verlauf sind die privaten Konsumausgaben im Euroraum insgesamt um 1,3 % gesunken; bei den Bruttoanlageinvestitionen betrug der Rückgang 4,2 % (Abbildung 2). In den Krisenländern Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland ist die Binnennachfrage noch weitaus dramatischer eingebrochen. In diesen Ländern wurde das jeweilige nationale BIP durch negative Wachstumsbeiträge der inländischen Komponente um 4 (Irland) bis 11 (Griechenland) Prozentpunkte reduziert. Der negative direkte Beitrag des öffentlichen Konsums - obwohl absolut in allen Krisenländern bedeutend - wird vom Effekt des simultanen Rückgangs von privatem Konsum und Bruttoanlageinvestitionen in den Schatten gestellt. Stark stützend wirkte sich demgegenüber in allen fünf Ländern der Beitrag des Außenhandels aus, illustriert durch den Anstieg des nominalen Außenbeitrags am BIP (Abbildung 3). In Spanien, Irland und Portugal spielte dabei wie schon in den vergangenen Jahren neben rezessionsbedingten Importrückgängen die Dynamik der Exporte eine wesentliche Rolle, die zu einem beträchtlichen Teil auf einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge eines mehrjährigen Rückgangs der Lohnstückkosten in diesen Ländern basiert (Abbildung 4) (Stein et al. 2012).

Die Fiskalpolitik im Euroraum ohne Deutschland bleibt im kommenden Jahr restriktiv; verglichen mit dem Jahr 2012 ist der Umfang der zusätzlich in Kraft tretenden Konsolidierungsmaßnahmen etwas geringer. Nach einem fiskalpolitischen Impuls von -2,2 % des BIP im Vorjahr ist mit einem leicht abgeschwächten Restriktionsgrad von -2 % im Jahr 2013 zu rechnen. Die akut von der Eurokrise betroffenen Länder werden ihren harten Austeritätstaktik etwas lockern, gleichwohl bleibt der Umfang der fiskalischen Kontraktion und die damit verbundene Belastung der Inlandsnachfrage in diesen Ländern auch im kommenden Jahr am größten. Dagegen wird der ausgeprägte fiskalische Restriktionskurs in Frankreich, den Niederlanden und Finnland gegenüber dem Vorjahr verschärft.

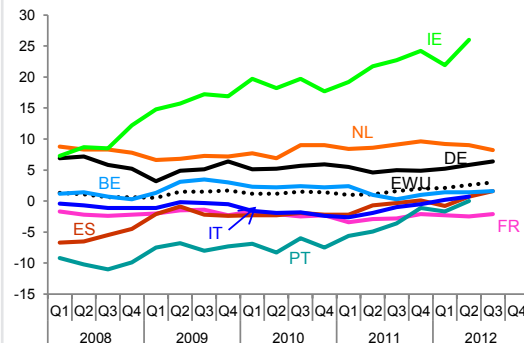
Der von den Krisenländern Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Irland eingeschlagene Austeritätstaktik hat dazu geführt, dass die verfügbaren Einkommen in diesen Ländern bis zuletzt deutlich gesunken sind.³ Dies liegt zum einen an der steigenden Arbeitslosigkeit, an Transferkürzungen und Steuererhöhungen. Zum anderen liegt es dar-

³ In Griechenland, für das keine Quartalsdaten für das nominale verfügbare Einkommen der Haushalte vorliegen, ist das nominale verfügbare Einkommen 2011 gegenüber 2010 um 7 % gefallen.

ABBILDUNG 3

Nominaler Außenbeitrag in % des BIP

Quartalswerte



BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, EWU = Euroraum, FR = Frankreich, IR = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

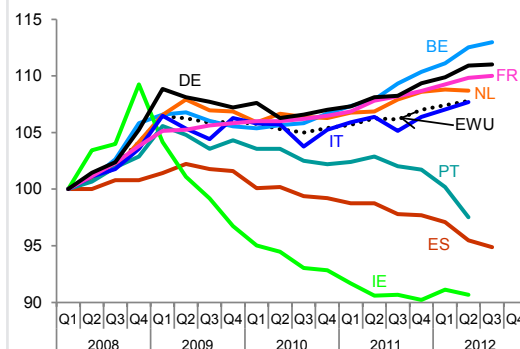
Quelle: Eurostat; Berechnungen des IMK.



ABBILDUNG 4

Nominale Lohnstückkosten ausgewählter Euroländer

2008Q1 = 100



BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, EWU = Euroraum, FR = Frankreich, IR = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des IMK.



an, dass in diesen Ländern Lohnzurückhaltung oder sogar Lohnkürzungen durchgesetzt wurden. Das wird in der Regel mit der Notwendigkeit begründet, dass die Krisenländer ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern müssen, um ihre Exporte zu erhöhen. Ausgeblendet wird dabei die Gefahr, dass ein Rückgang der verfügbaren Einkommen zu einem massiven Einbruch der Binnennachfrage führen kann. Genau das passiert aktuell in den europäischen Krisenländern. Vermutlich wäre der Rückgang des privaten Verbrauchs sogar noch größer ausgefallen, wenn nicht die privaten Haushalte in zahlreichen Ländern reale Einkommensverlust-

te durch eine vorübergehende Reduzierung ihrer Spartätigkeit kompensiert hätten. So sind die Sparquoten in Finnland, Spanien und den Niederlanden im zweiten Quartal diesen Jahres, bis zu dem Daten vorliegen, um 2,7 bis 0,2 Prozentpunkte⁴ niedriger als im selben Quartal des Vorjahres. Des Weiteren liegt die Sparquote in diesen Ländern wie auch in Belgien und Italien derzeit deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt.⁵ Längerfristig muss mit einer Normalisierung des Sparverhaltens der Haushalte gerechnet werden, was dann wiederum die Konsumnachfrage in diesen Ländern belasten würde. Im Falle Spaniens und der Niederlande ist jedoch eine derartige Normalisierung besonders wahrscheinlich, da die während der Immobilienblase vor der Finanzkrise aufgebaute hohe Haushaltsverschuldung bislang noch kaum abgebaut wurde.

Die Aussichten für den privaten Konsum im Euroraum bleiben trübe. Das Konsumentenvertrauen, gemessen am Consumer Confidence Indicator der Europäischen Kommission, hat sich in allen Ländern mit Ausnahme Deutschlands seit 2011 fast kontinuierlich verschlechtert; in Italien und Spanien ist es besonders stark gesunken. Derzeit liegt der Consumer Confidence Indicator in allen EWU-Ländern mit Ausnahme Deutschlands auf einem Niveau, das vergleichbar ist mit dem, das zu Zeiten der Finanzkrise herrschte. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist deshalb zu erwarten, dass der private Verbrauch im Euroraum auch im kommenden Jahr zurückgehen wird.

Auch bei den Investitionen gibt es keinerlei Anzeichen für eine Trendwende. Die Produktionserwartungen in den einzelnen Ländern, gemessen an der Erwartungskomponente des Industrial Confidence Indicator der Europäischen Kommission, weisen eine ähnlich abwärts gerichtete Dynamik auf wie die Stimmung der privaten Haushalte. Dieses Bild wird durch die Erwartungskomponente des Ifo-Geschäftsklimaindexes für den gesamten Euroraum bestätigt. Des Weiteren hat sich in zahlreichen EWU-Ländern die Kapazitätsauslastung 2012 deutlich verschlechtert und liegt im laufenden Quartal nun zwischen 2,9 Prozentpunkten (Belgien) und 6,1 Prozentpunkten (Italien) unter ihrem langfristigen Durchschnitt. In Griechenland beträgt die Differenz für das erste Quartal diesen Jahres, bis zu dem Daten vorliegen, sogar 10,4 Prozentpunkte.

Alles in allem wird das BIP im Euroraum

2012 im Durchschnitt um 0,4 % und 2013 um 0,5 % schrumpfen. Ohne Deutschland würde die Schrumpfung sogar 1,0 % in diesem Jahr und 1,2 % im nächsten Jahr betragen.

Monetäre Rahmenbedingungen etwas günstiger

Die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum haben sich in den vergangenen zwölf Monaten insgesamt verbessert. Das gilt insbesondere für Unternehmen in Deutschland. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen seit Anfang September 2011 in drei Schritten um insgesamt einen dreiviertel Prozentpunkt gesenkt, zuletzt am 11. Juli 2012 auf 0,75 %. In der Folge sind die Bankzinsen für kürzerfristige Unternehmenskredite im Euroraum insgesamt und auch in Deutschland gesunken, und zwar um 0,8 Prozentpunkte auf 2,2 % im Euroraum und um 1,2 Prozentpunkte auf knapp 2 % in Deutschland, bei längerfristigen Krediten etwas weniger stark.⁶ Zugleich wurden allerdings die Kreditanforderungen (Bank Lending Survey der EZB) im Euroraum Quartal für Quartal verschärft, und zwar seit nunmehr genau fünf Jahren, also seit dem Beginn der Finanzmarktkrise (Abbildung 5).

Demgegenüber befinden sich die Kreditanforderungen in Deutschland zwar etwa auf dem hohen Niveau während der Finanzkrise, wurden aber seit Anfang 2010 im Schnitt nicht mehr verschärft. Auch beim Niveau der Kreditzinsen gibt es erhebliche Unterschiede: Während Deutschland zusammen mit Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden mit 1,8 % den unteren Rand bei Zinsen für Unternehmenskrediten mit variablen Zinsen bildet (Oktober 2012), erreichen diese in Griechenland und Zypern 5,7 % bzw. 6,2 %. Noch ausgeprägter waren die Unterschiede im längerfristigen Bereich, so beispielsweise bei den Renditen für Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit. Die höchsten Refinanzierungskosten hat weiterhin Griechenland mit mehr als 15 % Anfang Dezember 2012, gefolgt von Portugal mit knapp 7 ½ %, Spanien mit über 5 % und Irland und Italien mit jeweils knapp 4 ½ %. Demgegenüber erhält der deutsche Staat einen zehnjährigen Wertpapierkredit zu Zinsen von 1 ½ %. Auch die Verzinsung deutscher Bankanleihen mit einer 9- bis 10-jährigen Restlaufzeit ist mit 1,9 % niedrig (November), während die Banken in den Krisenländern teilweise deutlich mehr für einen Wertpapierkredit zahlen müssen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Entwicklung der Aktienkurse: Während der DAX Kursindex

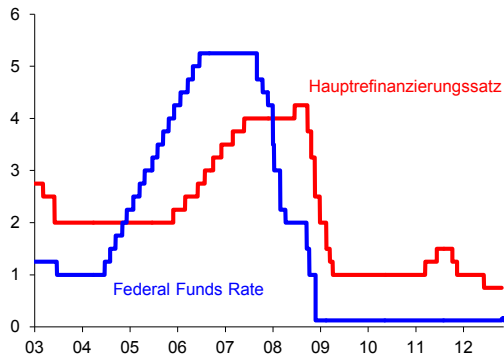
⁴ Gemessen als gleitender Vierquartalsdurchschnitt, da saisonbereinigte Daten nicht verfügbar sind.

⁵ Dabei ist es unerheblich, ob die Jahre ab 2007 bei der Berechnung des langfristigen Durchschnitts mit einbezogen werden oder nicht.

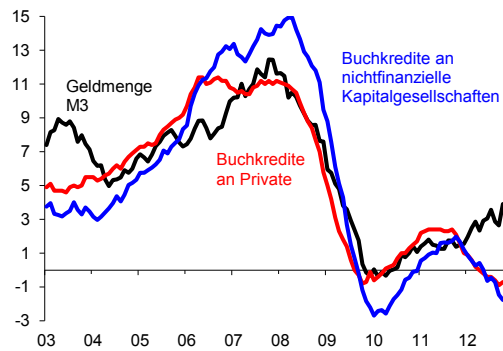
⁶ Effektivzinssätze im Neugeschäft bei Krediten über 1 Mio. Euro, variabel oder Zinsbindung bis zu einem Jahr.

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum

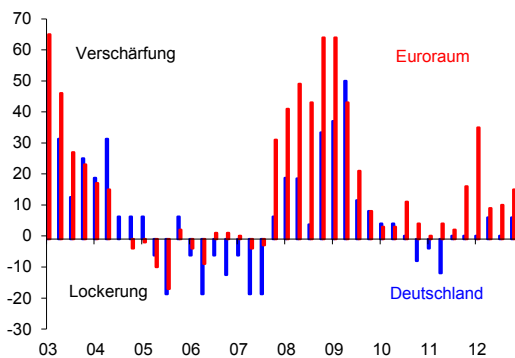
Leitzinsen im Euroraum und in den USA
in %



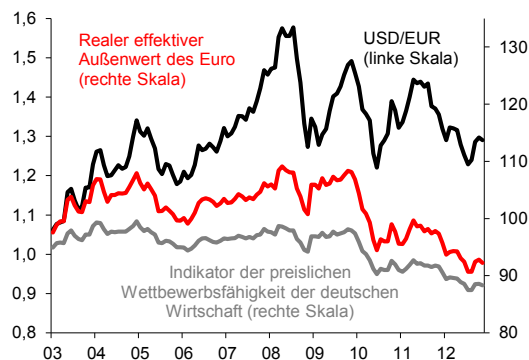
Geldmenge M3 und Kreditvolumen
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



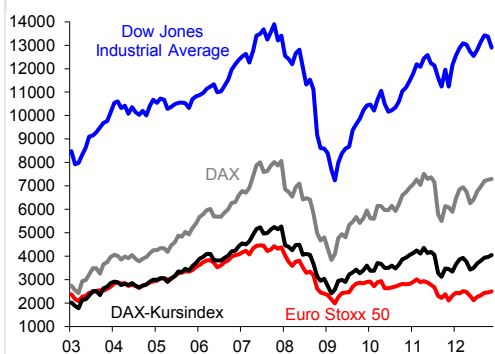
Kreditvergabestandards für Unternehmen
Nettosaldo



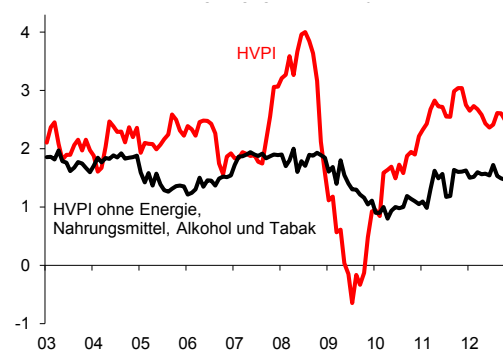
Wechselkurse und realer effektiver Außenwert¹
preisbereinigt, Quartalswerte²



Aktienmarktindizes



Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %



¹ Saison- und kalenderbereinigte amtliche Statistik.

² Saisonbereinigte Werte.

BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, EWU = Euroraum, FR = Frankreich, IR = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Berechnungen des IMK.

Ende November 17 % höher war als ein Jahr zuvor, lag der spanische Index IBEX mit 2 % im Minus, nachdem er bereits zuvor gegenüber Mitte 2010 um 32 % an Wert eingebüßt hatte. Der griechische Aktienindex Athex stieg in den vergangenen zwölf Monaten um 22 %, nachdem er allerdings in den zwei Jahren zuvor 80 % seines Wertes eingebüßt hatte. Der italienische Index nahm um 3,5 % zu, ebenfalls nach herben Verlusten in den Jahren zuvor. Der EuroStoxx50 lag Ende November rund 20 % über seinem Vorjahresniveau.

Vom Wechselkurs gingen positive Wachstumsimpulse für den gesamten Euroraum aus. Im November lag der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar um 5,4 % unter dem Vorjahresniveau, der bisherige Jahresdurchschnitt 2012 unterschreitet den durchschnittlichen Wechselkurs 2011 sogar um 7,8 %. Real effektiv wertete der Euro im Jahresverlauf und im Jahresdurchschnitt um rund 5 % ab, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nahm um 3,6 % bzw. 3,2 % zu.⁷ Auch hier verbergen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Gemessen am harmonisierten Indikator der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den übrigen Euroländern und 20 weiteren Handelspartnerländern auf Lohnstückkostenbasis lag die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im 2. Quartal dieses Jahres um 3 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal, in Griechenland verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit im gleichen Zeitraum um 12,9 %, in Spanien um 6,7 % und in Portugal um 4,3 %. Verglichen mit dem 4. Quartal 1998 hat der Euroraum insgesamt um 12,6 % an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, darunter Deutschland als Spitzenreiter infolge der verhaltenen Lohnentwicklung um 20 %, gefolgt von Österreich (7,6 %), Irland (5,1 %) und Griechenland (4,7 %) – alle anderen der ursprünglichen 12 Mitgliedsländer hatten einen leichten Wettbewerbsverlust zu verzeichnen.

Die Kreditentwicklung im Euroraum ist weiterhin insgesamt verhalten. Die Buchkredite an den privaten Sektor wurden zuletzt mit einer Rate von -0,7 % zurückgefahren (Oktober), darunter die Buchkredite an nicht-finanzielle Unternehmen mit einer Rate von -1,8 %. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. Während diese Kredite in Deutschland mit einer Rate von 1,4 % ausgeweitet wurden, wurden sie in Portugal drastisch verringert (-8,6 %), wie auch in Griechenland (-7,9 %), Spanien (-6,5 %), Irland (-3,8 %) und Italien (-3,3 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den

Konsumentenkredit, die allerdings insgesamt nicht schrumpften, sondern um 0,5 % zunahmen. Der Anstieg der Geldmenge M3 hat sich zwar zuletzt auf 3,9 % beschleunigt, ist aber weiterhin verhalten, insbesondere wenn man das niedrige Zinsniveau und das erhöhte Liquiditätsbedürfnis der Anleger berücksichtigt. Es zeigt sich, dass die starke Ausweitung der Liquidität innerhalb des Bankensystems infolge der geldpolitischen Lockerung bislang keine nennenswerte Auswirkung auf die nachfragewirksame Liquidität hat.

Die Finanzierungsbedingungen werden sich im weiteren Prognosezeitraum nur wenig ändern und sich damit im Jahresdurchschnitt 2013 nochmal leicht verbessern. Die EZB dürfte den Leitzins im ersten Quartal um einen viertel Prozentpunkt auf 0,5 % senken, der Spielraum der Geldmarktzinsen nach unten ist aber angesichts ihres sehr niedrigen Niveaus stark begrenzt (Tabelle 3). Unter den hier getroffenen wirtschaftspolitischen Annahmen wird es im Prognosezeitraum nicht zu einer deutlichen Entspannung an den Finanzmärkten kommen. Infolge der angekündigten Bereitschaft der EZB stabilisierend zu wirken, wird sich die Situation aber auch nicht verschärfen.

TABELLE 3

Rahmendaten der Prognose

Jahresdurchschnittswerte

	2011	2012	2013
Dreimonats-Euribor (%)	1,4	0,6	0,2
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%) ¹	4,4	4,0	3,5
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	2,8	1,8	1,6
Wechselkurs (USD/EUR)	1,39	1,28	1,25
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 40 Ländern) ²	97,7	92,7	91,0
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ²	91,7	88,7	87,6
Tarifindex der Bundesbank (je Stunde) (% gegenüber Vorjahr)	1,7	2,6	2,4
Ölpreis (Brent, USD)	111	112	110

¹ Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland; BIP-gewichtet.

² Sinkende Werte des Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; EIA; Federal Reserve; ab 2012 Prognose des IMK.



⁷ Jeweils bezogen auf die Verbraucherpreise und gegenüber einem großen Länderkreis.

Deutsche Wirtschaft auf schmalen Grat

Die Konjunktur in Deutschland befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen dem Sog nach unten aus den Krisenländern und einem stabilen weltwirtschaftlichen Umfeld. Während die Exporte in den Euroraum insbesondere in die Krisenländer einbrechen, sind die Ausfuhren in die Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums bemerkenswert robust. Die nunmehr wahrscheinliche Überwindung der fiskalischen Klippe in den USA und die spürbare Abwertung des Euro stabilisieren die Exportaussichten der deutschen Wirtschaft.

Mit der angekündigten unbegrenzten Interventionsbereitschaft der EZB dürfte sich das Vertrauen der Unternehmen in Deutschland in die Stabilität des Euroraums etwas festigen. Das schließt nicht aus, dass die Industrie in eine Rezessionsphase gleitet. So sind die Ausrüstungsinvestitionen derzeit noch rückläufig. Der private Verbrauch dürfte weiter verhalten zunehmen. Dagegen wird die Baukonjunktur angesichts der niedrigen Zinsen kräftiger werden. Dies ist eine binnenwirtschaftliche Konstellation, bei der die Importneigung relativ gering ist. Aus diesem Grund dürfte sich der Überschuss im Handel mit dem Ausland insgesamt leicht ausweiten. Dabei gehen die Überschüsse im Handel innerhalb des Euroraums merklich zurück, während sie im Handel mit Volkswirtschaften außerhalb des Euroraums deutlich zunehmen. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht dürfte weiterhin bei weitem verfehlt werden. Für die Beschäftigung und Einkommen sind die Aussichten im Prognosezeitraum vor diesem Hintergrund verhalten positiv.

Bei alledem darf nicht übersehen werden, dass mit der gegenwärtigen Strategie, die Krise im Euroraum durch Austeritätspolitik zu überwinden, die Gefahr eines konjunkturellen Absturzes auch in Deutschland allgegenwärtig ist. Wird der Restriktionsgrad der Finanzpolitik im Zuge verfehlter Defizitziele immer weiter verschärft, dürfte die Krise im Euroraum früher oder später die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Kommt die Weltkonjunktur stärker ins Schlingern, gerät auch die Konjunktur in Deutschland zumindest auf einen Kurs zäher Stagnation, wenn nicht gar einer Rezession.

Exportdynamik schwächt sich stark ab

Im Jahr 2012 legten die deutschen Ausfuhren bemerkenswert kräftig zu. Allerdings fiel die Entwicklung regional sehr unterschiedlich aus. Während die Lieferungen in den Euroraum deutlich zurückgingen, nahmen sie in die Länder außerhalb der Währungsunion (Drittländer) stark zu (Abbildung 6).

Besonders dynamisch expandierten die Exporte in die USA, in süd- und ostasiatische Schwell-

länder und nach Japan.⁸ Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich und nach Russland schlugen jeweils mit Zuwachsraten von fast 12 % (nominal) ebenfalls positiv zu Buche. Rückläufig waren hingegen die Versendungen in den übrigen Euroraum, der 2012 noch tiefer in die Rezession rutschte. Besonders hart traf es die Exporte in die südeuropäischen Krisenländer, die Rückgänge zwischen 8 und 14 % verzeichneten.

Im Prognosezeitraum wird die anhaltende Rezession im Euroraum die Exportdynamik stark abbremsen. Die Euroländer, die einen strikten Sparkurs eingeschlagen haben, werden diesen fortsetzen und die nach wie vor ungelöste Krise im Euroraum belastet weiterhin die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Hinzu kommt, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten gegenüber der Konkurrenz in den Krisenländern im kommenden Jahr verschlechtern wird. Deshalb ist zu erwarten, dass die Lieferungen in den Euroraum im kommenden Jahr erneut deutlich zurückgehen werden. Gestützt werden die deutschen Ausfuhren 2013 allerdings von der nach wie vor regen Nachfrage aus den Drittländern, insbesondere aus Asien und aus Russland. Auch die Aussichten für die USA haben sich aufgehellt, seitdem die politischen Akteure verstärkte Bemühungen erkennen lassen, hinsichtlich des drohenden „Fiscal Cliff“ nach Lösungen zu suchen. Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die tatsächliche fiskalische Restriktion deutlich hinter der derzeit noch gesetzlich angelegten zurückbleiben wird, so dass die US-amerikanische Konjunktur nicht zum Erliegen kommt. Auch die niedrige Notierung des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,25 wird den Export in die USA im kommenden Jahr begünstigen, so dass die Ausfuhren nach Amerika insgesamt moderat ausgeweitet werden dürften.

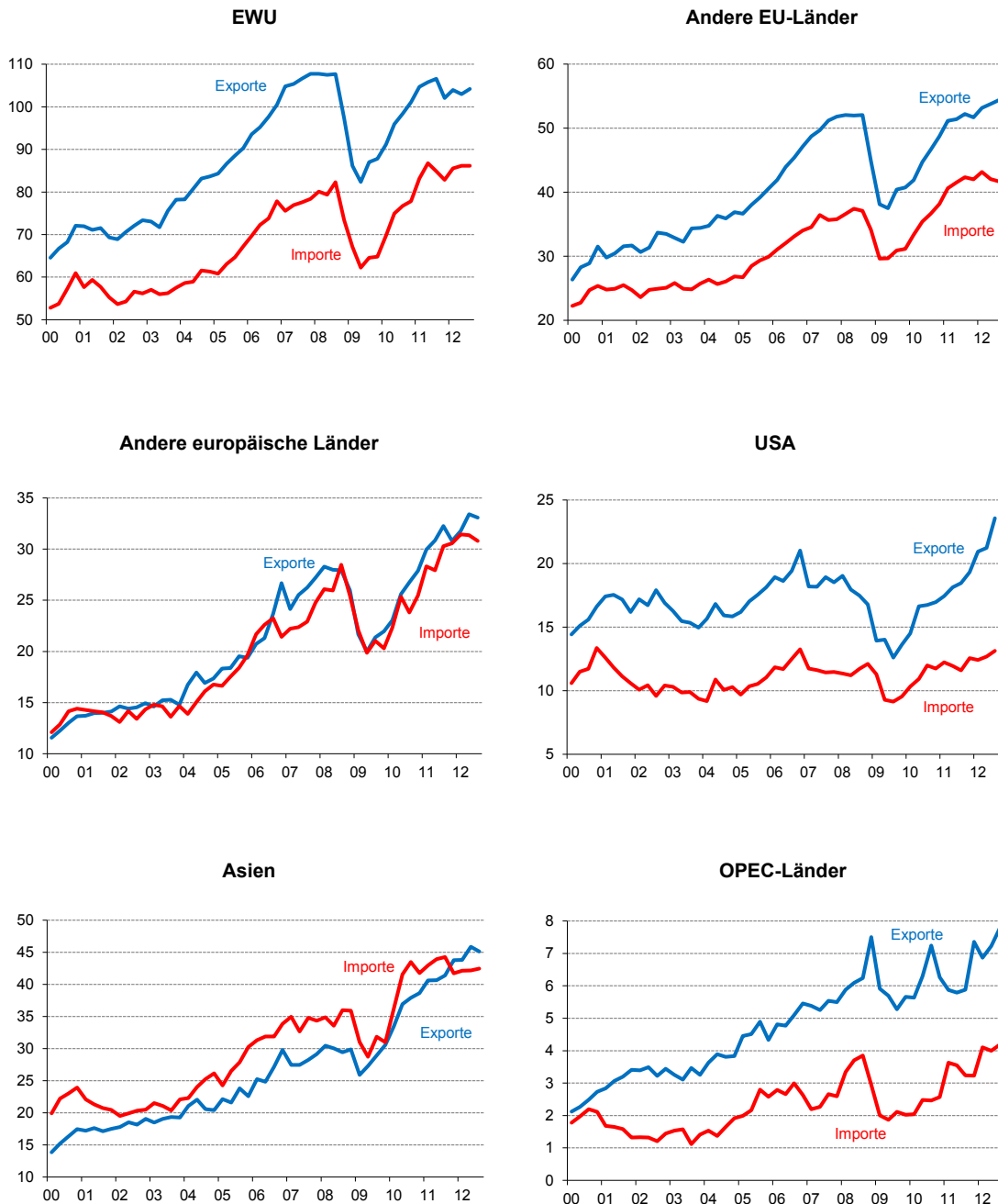
Die stabile Nachfrage aus den Drittländern wird den deutschen Export im kommenden Jahr vor einem Einbruch bewahren. Die Verlaufsrate, die von 6,6 % in diesem Jahr auf 2,0 % im kommenden Jahr zurückgehen dürfte, offenbart jedoch die stark abnehmende Exportdynamik. Im Jahresdurchschnitt nehmen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr um 4,3 % zu; im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs 3,5 % betragen, wobei jedoch 2,3 % bereits durch den statistischen Überhang aus dem Jahr 2012 gegeben sind.

Die Importe sind 2012 schwächer gewachsen als die Exporte. Auch im Prognosezeitraum werden sie

⁸ Eine detaillierte Übersicht über die Struktur der deutschen Exporte nach Ländern und Branchen findet sich unter <http://bit.ly/Z517Dw>

Außenhandel Deutschlands nach Regionen und Ländern

Spezialhandel, saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro
1. Quartal 2000 - 3. Quartal 2012



Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Berechnungen des IMK.



nur verhalten expandieren. Zwar gehen von einem recht robusten privaten Verbrauch positive Impulse auf die Importnachfrage aus, negativ wirken aber die nachlassende Exportdynamik und die anhaltende Investitionsschwäche hierzulande. Alles in allem dürften die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im nächsten Jahr im Verlauf um 3,1 %

zunehmen, nachdem sie in diesem Jahr um 3,7 % gewachsen sind. Im Jahresdurchschnitt entspricht dies einem Zuwachs von 2,6 % im Jahr 2012; im Jahr 2013 dürfte der Zuwachs bei 3,6 % liegen, wobei jedoch fast 2 % durch den statistischen Überhang aus dem Jahr 2012 gegeben sind (Tabelle 4).

Der Außenhandel hat in diesem Jahr etwa einen

TABELLE 4

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	0,9	1,7	0,6	0,7
Staatskonsum	1,7	1,0	1,1	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	10,3	7,0	-5,1	-2,0
Bautinvestitionen	3,2	5,8	-1,2	1,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,9	2,8	2,2
Exporte	13,7	7,8	4,3	3,5
Importe	11,1	7,4	2,6	3,6
Bruttoinlandsprodukt	4,2	3,0	0,7	0,8
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,8	1,2	1,7
Konsumausgaben ²	2,0	2,1	1,5	1,6
Importe	4,7	5,2	1,5	0,3
Nachrichtlich:				
Verbraucherpreise	1,1	2,3	2,1	1,7
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	3,0	4,5	3,4	2,1
Gewinne ³	12,0	1,3	-0,5	1,5
Volkseinkommen	5,9	3,4	2,1	1,9
Nachrichtlich:				
Tariflöhne (Stundenbasis)	1,5	1,7	2,6	2,4
Effektivverdienste (Stundenbasis)	0,1	3,3	3,1	2,8
Lohn drift	-1,4	1,6	0,6	0,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	4,8	3,6	2,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,4	3,3	2,6	2,2
Entstehung				
Erwerbstätige	0,6	1,4	1,0	0,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,7	0,0	-0,7	-0,6
Arbeitsvolumen	2,3	1,4	0,3	-0,5
Produktivität (je Stunde)	1,8	1,6	0,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt ¹	4,2	3,0	0,7	0,8
Nachrichtlich:				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	2 946	2 502	2 314	2 397
Erwerbslosenquote, in %	6,8	5,7	5,3	5,5
Arbeitslose ⁵ , in 1000	3 238	2 976	2 897	2 992
Arbeitslosenquote ⁶ , in %	7,7	7,1	6,8	7,0
Lohnstückkosten	-1,5	1,2	2,7	1,3
Budgetsaldo, in % des BIP	-4,1	-0,8	-0,1	0,0

¹ Preisbereinigt.

² Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

⁴ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

⁵ in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2012 Prognose des IMK.



TABELLE 5

**Wachstumsbeiträge der Verwendungs-
aggregate¹ in Deutschland**

in Prozentpunkten

	2010	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt ²	4,2	3,0	0,7	0,8
Inlandsnachfrage	2,5	2,4	-0,3	0,6
Konsumausgaben	0,9	1,2	0,6	0,6
Private Haushalte	0,5	1,0	0,4	0,4
Staat	0,3	0,2	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	1,0	1,1	-0,5	-0,1
Ausrüstungen	0,7	0,5	-0,4	-0,2
Bauten	0,3	0,6	-0,1	0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	0,6	0,2	-0,4	0,0
Außenbeitrag	1,7	0,6	1,1	0,2
Ausfuhr	5,8	3,7	2,2	1,8
Einfuhr	-4,1	-3,1	-1,1	-1,6

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

² in %.

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2012 Prognose des IMK.



Prozentpunkt zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen; im kommenden Jahr dürfte der Wachstumsbeitrag wegen der nachlassenden Exportdynamik mit 0,2 Prozentpunkten deutlich geringer ausfallen (Tabelle 5).

Die Entwicklung der Einfuhrpreise wird stark von der Preisentwicklung der Energieimporte bestimmt. Im Jahr 2012 sind die Preise für Energieträger wiederholt stark gestiegen und wieder gefallen; zuletzt war die Entwicklung abwärtsgerichtet. Diese Tendenz wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen: der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Rohölpreis bei 110 US-Dollar pro Barrel verharrt (Tabelle 3), weil das verhaltene weltwirtschaftliche Wachstum den Preisaufrtrieb bei den Rohstoffen dämpft. Insgesamt dürfte der Importdeflator im Jahr 2013 nur noch um 0,3 % zunehmen, nachdem der Anstieg in diesem Jahr noch bei 1,5 % gelegen hatte. Die Ausfuhrpreise werden im kommenden Jahr ebenfalls nur geringfügig steigen, da die Preisüberwälzungsspielräume für deutsche Exporteure angesichts einer schwächeren Exportnachfrage sehr begrenzt sind. Im kommenden Jahr dürften die Exportpreise um 0,3 % steigen, nachdem sie in diesem Jahr noch um 1 % zugelegt hatten. In diesem Jahr haben sich die Terms of Trade etwas verschlechtert; im kommenden Jahr werden sie sich nicht verändern.

Zaghafte Besserung der Ausrüstungs- investitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind trotz der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen seit dem Jahresende 2011 nunmehr das vierte Quartal in Folge gesunken. Viele Unternehmen verringerten deutlich ihre Investitionstätigkeit infolge der zunehmenden Ungewissheit über die Entwicklung im Euroraum. Aber auch die verhaltenen Konjunkturaussichten in vielen Drittländern dürften hierzu beigetragen haben. Im Jahresverlauf fielen die Investitionen in Ausrüstungen um 7,0 %; im Jahresdurchschnitt 2012 dürften sie um 5,1 % sinken. Damit liegen sie zum Jahresende 15 Prozentpunkte unter dem Niveau vor Ausbruch der Krise.

Eine durchgreifende Erholung der Investitionstätigkeit ist im nächsten Jahr nicht zu erwarten. Die Kapazitätsauslastung ist in vielen Bereichen rückläufig; der Order-Capacity-Index der Deutschen Bundesbank weist zum vierten Mal in Folge einen negativen Wert aus, zuletzt sogar verstärkt fallend. Die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland sinken nunmehr seit eineinhalb Jahren kontinuierlich. Bislang konnten zusätzliche Aufträge aus dem Ausland – insbesondere aus den Nicht-EWU-Ländern – den Rückgang der Produktion etwas dämpfen. Nunmehr lässt aber auch die Orderdynamik aus diesen Ländern in der Tendenz nach, auch wenn zuletzt ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war. Pessimistischere Geschäftserwartungen der Produzenten von Investitionsgütern – sie sinken bereits seit Mai und zuletzt besonders deutlich – deuten vorerst auf einen anhaltenden Rückgang der Investitionstätigkeit hin. Allerdings weist der Konjunkturindikator des IMK in der aktuellen Veröffentlichung – nach einer deutlich erhöhten Wahrscheinlichkeit für einen nennenswerten Rückgang bei der Industrieproduktion in den vergangenen zwei Monaten – nunmehr auf eine leichte Entspannung in den nächsten Monaten hin. Im Winterhalbjahr dürfte es zwar noch zu einem weiteren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen kommen, jedoch nicht mehr im selben Ausmaß wie im Sommerhalbjahr.

Im Verlauf des weiteren Prognosezeitraums bleiben die Absatzaussichten verhalten. Damit einhergehend wird das Auslastungsniveau der Produktionskapazitäten weiter sinken. Das Erweiterungsmotiv wird für den Prognosezeitraum keine relevante Rolle spielen und somit dürfte es zu keiner durchgreifenden Erholung der Investitionstätigkeit kommen. Allein Ersatzinvestitionen dürften nunmehr wieder etwas verstärkt getätigt werden. Die Gewinnsituation der Unternehmen wird sich wieder etwas verbessern. Die Lohnstück-

kosten, die in diesem Jahr spürbar gestiegen sind, werden im Prognosezeitraum etwas schwächer zunehmen. Alles in allem wird es 2013 im Jahresdurchschnitt, aufgrund des relativ hohen statistischen Unterhangs, nochmals zu einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 2 % kommen. Im Jahresverlauf werden sie allerdings um 1,4 % leicht anziehen (Abbildung 7, Tabelle 4).

Bauinvestitionen steigen leicht

Die Bauinvestitionen insgesamt stagnierten im Verlauf dieses Jahres mit -0,2 % nahezu; im Jahresdurchschnitt 2012 sanken sie um 1,2 %. Dabei kam es in der ersten Hälfte dieses Jahres zu einem deutlichen Rückgang. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden die Bauaktivitäten aber wieder ausgeweitet. Die Teilbereiche entwickelten sich dabei sehr unterschiedlich.

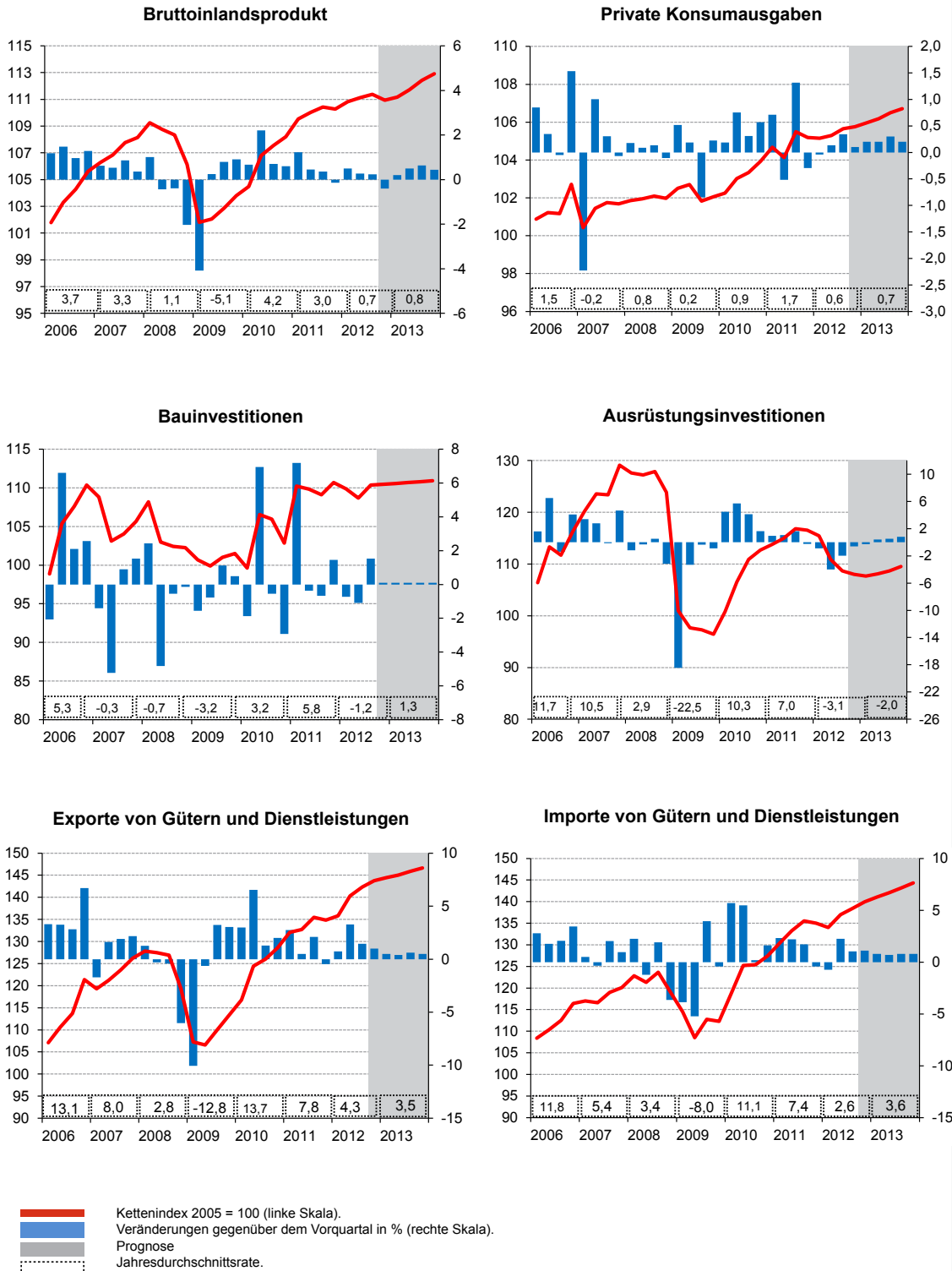
Die Wohnungsbauinvestitionen sind im Jahresverlauf kräftig gestiegen. Der robuste Arbeitsmarkt und das nach wie vor sehr niedrige Zinsniveau für Hypotheken dürften dazu beigetragen haben. Außerdem dürften die privaten Haushalte vermehrt nach sicheren Alternativen zu Finanzanlagen gesucht haben. Im Prognosezeitraum werden die Wohnungsbauinvestitionen weiter ausgeweitet. Darauf deuten die relativ hohen Auftragsbestände hin. Zwar sind die Auftragseingänge seit der Jahresmitte in der Tendenz rückläufig, allerdings sind die erteilten Baugenehmigungen seit dem Sommer wieder deutlich gestiegen. Auch die im langfristigen Vergleich sehr niedrigen Finanzierungskosten dürften sich weiterhin positiv auswirken.

Beim Wirtschaftsbau ist im Verlauf des Jahres 2012 – analog zu den Ausrüstungsinvestitionen – ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Aufgrund noch relativ niedriger Kapazitätsauslastungen dürften keine nennenswerten Erweiterungsinvestitionen getätigt worden sein. Der in der Tendenz rückläufige Auftragseingang und die geringere Anzahl der Genehmigungen im gewerblichen Bau deuten auf keine Kehrtwende im Wirtschaftsbau hin. Auch dürfte von der nur schwachen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen kein positiver Impuls ausgehen. Im Prognosezeitraum wird es beim Wirtschaftsbau trotz günstiger Finanzierungsbedingungen erneut zu einem leichten Rückgang kommen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind zu Beginn des Jahres 2012 mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete erheblich zurückgegangen. Im weiteren Jahresverlauf kam es dann zu einer Bodenbildung. Im Prognosezeitraum dürften die öffentlichen Bauinvestitionen nur verhalten ausgeweitet werden. Von den Kommunen sind keine nennenswerten Impulse zu erwarten. Deren Finanz-

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Saison und kalenderbereinigte Verläufe¹



Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK.; ¹ Ab 4. Quartal 2012 Prognose des IMK.



lage bessert sich zwar infolge höherer Steuereinnahmen etwas, bleibt aber aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung vieler Kommunen nach wie vor angespannt.

Die Bauinvestitionen nehmen insgesamt im Jahresverlauf 2013 mit 0,4 % nur schwach zu, im Jahresdurchschnitt steigen sie allerdings aufgrund eines relativ hohen statistischen Überhangs aus dem Jahr 2012 um 1,3 % (Abbildung 7, Tabelle 4).

Privater Konsum: Zugpferd der Konjunktur

Die privaten Konsumausgaben stiegen im Jahresverlauf 2012 real um 0,6 %, ebenso im Jahresdurchschnitt. Die nominalen verfügbaren Einkommen nahmen um 2,1 % und damit spürbar schwächer als im Jahr 2011 mit 3,8 % zu. Sowohl die Arbeitseinkommen als auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen haben deutlich verhaltener zugelegt. Allerdings wurde der Zuwachs der verfügbaren Einkommen aufgrund des geringeren Anstiegs des Deflators der privaten Konsumausgaben real nicht so stark geschmälert wie im Vorjahr. Die Sparneigung blieb unverändert; die Sparquote verharrte bei 11,4 %.

Im Jahr 2013 werden die Tariflöhne mit 2,4 % etwas schwächer zunehmen als in diesem Jahr, die Effektivlöhne (pro Kopf) wegen der negativen Lohndrift etwas geringer. Da die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt nur noch geringfügig zunehmen wird, werden die Bruttolöhne und -gehälter um 2,3 % steigen. Die Zunahme der Nettolöhne und -gehälter dürfte aufgrund der Entlastung durch die Sozialversicherungsbeiträge etwas höher ausfallen. Die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung werden um 0,7 Prozentpunkte gesenkt. Die monetären Sozialleistungen werden verstärkt zunehmen. Die Leistungen für das Arbeitslosengeld steigen infolge zunehmender Arbeitslosenzahlen, und die gesetzlichen Rentenbezüge werden aufgrund der Lohn- und Gehaltsentwicklung in diesem Jahr trotz der Abzüge wegen der Rentengarantie steigen. Die Entnahmen aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften nur verhalten zunehmen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen 2013 um 2,3 % steigen; nach Berücksichtigung des Preisanstiegs werden sie nur um 0,7 % zunehmen. Bei konstanter Sparquote werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 2013 ebenfalls um 0,7 % zunehmen, im Jahresverlauf um 0,8 % (Abbildung 7, Tabelle 4). Trotz dieser verhaltenen Entwicklung werden die privaten Konsumausgaben mit ihrem Wachstumsbeitrag die maßgebliche Stütze der insgesamt schwachen Konjunktur sein (Tabelle 5).

Weiter abnehmender Preisauftrieb

Der rasante Anstieg der Rohölpreise – die Sorte Brent legte auf US-Dollar Basis 2011 um 40 % zu und seit 1999 im Durchschnitt um jährlich 18 % – scheint vorerst auf hohem Niveau gestoppt zu sein. Der Rohölpreis lag 2012 mit durchschnittlich 112 US-Dollar je Barrel nur geringfügig über dem Vorjahresniveau. Der Vorjahresanstieg wirkt sich über die Produktionsketten zwar noch indirekt auf die Inflation aus, der Einfluss nimmt aber deutlich ab. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag im Oktober mit 2,0 % nur um 0,4 Prozentpunkte über der Inflationsrate ohne Berücksichtigung der Energiepreise; vor einem Jahr war die Differenz noch ein ganzer Prozentpunkt. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel und Tabak lag sogar den vierten Monat in Folge bei nur 1,2 %. Der Preisanstieg bei Waren ist weiterhin breit gefächert: Während die Preise für Verbrauchsgüter, geprägt von den weiterhin deutlichen Steigerungen bei Nahrungsmitteln (3,3 %) und Haushaltsenergie (5,6 %) und Kraftstoffen (5,4 %) mit einer Rate von 3,6 % deutlich anzogen, nahmen die Preise für Waren mittlerer Lebensdauer mit 2,1 % etwa durchschnittlich zu und langlebige Verbrauchsgüter verteuerten sich kaum (0,3 %).

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Inflation noch etwas unter die im November erreichte Rate von 1,8 % fallen und sich damit der Kerninflationsrate weiter annähern. Vorübergehend erhöhend wirkt die Teuerung des Stroms im Zuge der Energiewende. Die Lohnstückkosten werden nach einem diesjährigen Anstieg um 2,7 % im Jahr 2013 nur um 1,3 % zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird 2013 1,7 % betragen, nach 2,1 % in diesem Jahr.

Weiterhin nur verhaltener Produktionsanstieg

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich im Jahresverlauf 2012 deutlich abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie nur um 0,7 % gestiegen sein. Dabei kam es beim Produzierenden Gewerbe sogar zu einem Rückgang um 0,7 %, der Produktionsrückgang war in der Industrie besonders ausgeprägt. Hingegen war der Anstieg der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor mit rund 1,5 % recht robust. Weit überdurchschnittlich war hierbei die Zunahme bei den Unternehmensdienstleistungen, aber auch das Informations- und Kommunikationsgewerbe sowie das Gastgewerbe konnten außerordentlich hohe Zuwächse verzeichnen. Auch die Dienstleister des Finanz- und Versicherungsgewerbes lagen noch über dem Durchschnitt.

Im Jahr 2013 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion erneut nur verhalten zunehmen. Die

Auftragseingänge und auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, deuten auf ein noch schwaches erstes Quartal hin. Für den weiteren Verlauf des Jahres zeichnet sich eine moderate Zunahme der Produktion ab. Maßgeblich hierfür dürfte sein, dass sich das Vertrauen in die Stabilität des Euroraums wieder festigen dürfte. Insbesondere die Investitionen dürften hiervon profitieren, wengleich die Dynamik noch recht gering ist. Außerdem wird die weiterhin robuste Konsumkonjunktur die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister begünstigen. Die Bauproduktion wird aufgrund eines relativ kräftigen Wohnungsbaus leicht ausgeweitet. Seitens der deutschen Finanzpolitik ergibt sich ein schwacher positiver Impuls.

Alles in allem wird es im Jahresverlauf 2013 zu einer Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung mit einem Zuwachs von 1,8 % kommen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich jedoch nur ein leichter Anstieg der Produktion von 0,8 % (Tabelle 4, Tabelle 6).

Nachlassende Dynamik am Arbeitsmarkt

Obwohl sich insgesamt in vielen europäischen Ländern infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Austeritätspolitik im Zuge der Vertrauenskrise im Euroraum die Situation auf den Arbeitsmärkten dramatisch zugespitzt hat, war die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt 2012 insgesamt nochmals äußerst robust. Jedoch machte sich auch hierzulande die konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf zunehmend bemerkbar.


Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Oktober nochmals saisonbereinigt um rund 18 000 Personen gegenüber September auf fast 41,6 Millionen Personen angestiegen, wobei sich die monatlichen Zuwächse im Jahresverlauf deutlich abschwächten und zuletzt stagnierten. Nicht saisonbereinigt ergibt dies gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um fast 280 000 Personen auf mehr als 41,9 Millionen Erwerbstätige. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete in diesem Jahr nochmals deutlich stärkere Zuwächse. Nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit gab es im September 2012 rund 470 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als vor einem Jahr, wobei auch hier die Zuwächse eine deutlich abnehmende Tendenz aufweisen.

Im November waren bei der Bundesagentur für Arbeit saisonbereinigt mehr als 2,9 Millionen arbeitslose Personen registriert. Seit März 2012 – als die Zahl der registrierten Arbeitslosen einen Tiefstand erreicht hatte – hat somit die Arbeitslosenzahl um 80 000 Personen zugenommen. Nicht saisonbereinigt gab es fast 2,8 Millionen registrierte Arbeitslose; das waren 38 000 Personen mehr als vor einem Jahr. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) belief sich im November auf etwas mehr als 3,7 Millionen Personen. Dies waren mehr als 110 000 Unterbeschäftigte oder 3 % weniger als vor einem Jahr. Saisonbereinigt nahm die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) im November um 5 000 Personen zu. Die Tatsache, dass im Vorjahresvergleich die registrierte Arbeitslosigkeit zugenommen hat, während die Unterbeschäftigung zurückgegangen ist, ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl an Teilnehmern in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erheblich reduziert wurde. Das hat für sich allein genommen den Umfang der registrierten Arbeitslosigkeit erhöht, aber das Unterbeschäftigungsniveau nicht verändert. Gleichzeitig waren die positiven konjunkturellen Einflüsse, die Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit gleichermaßen reduzieren, schon seit einiger Zeit nicht mehr stark genug, um den die Arbeitslosigkeit erhöhenden Effekt der Rückführung der Arbeitsmarktpolitik auszugleichen.

TABELLE 6			
Statistische Komponenten des BIP-Wachstums			
in % bzw. Prozentpunkten			
	2011	2012	2013
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	1,3	0,2	-0,1
Jahresverlaufsrate ²	1,9	0,6	1,8
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	3,1	0,9	0,9
Kalendereffekt ³	-0,1	-0,2	-0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	3,0	0,7	0,8

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum saison- und arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.
² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.
³ in % des BIP.

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2012 Prognose des IMK.



Nach vorläufigen Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit erhielten im September 58 000 Personen konjunkturelles Kurzarbeitergeld. Dies war ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vormonat; auch die bislang eingegangenen Anzeigen von Kurzarbeitergeld deuten nach Einschätzung der Bundesagentur auf eine Zunahme hin. Aktuell ist zwar die Zahl der Empfänger von Kurzarbeitergeld noch auf einem relativ niedrigen Niveau. Im Zusammenhang mit der generellen Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Monate deutet aber einiges darauf hin, dass die Bedeutung der Kurzarbeit zur Beschäftigungssicherung in den nächsten Monaten zunehmen wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ankündigung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 5. Dezember 2012 zu sehen, dass die maximale Dauer der Inanspruchnahme des Kurzarbeitergelds per Verordnung von derzeit sechs auf zwölf Monate verlängert wird.

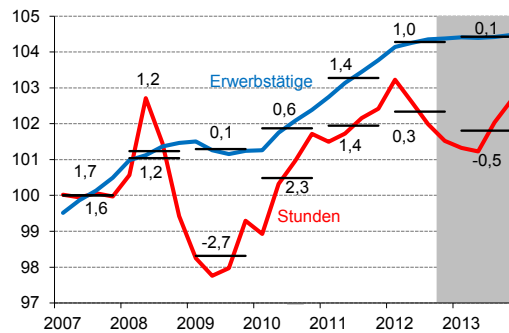
An der Entwicklung des Arbeitsvolumens ist deutlich auszumachen, wie sich die konjunkturelle Abkühlung im Jahresverlauf 2012 auch am Arbeitsmarkt auswirkte. Nachdem sich das geleistete Arbeitsvolumen seit seinem Tiefpunkt während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise im zweiten Quartal 2009 kräftig erholt und im ersten Quartal 2012 seinen Höchststand erreicht hatte, ist das Arbeitsvolumen seitdem innerhalb von zwei Quartalen saisonbereinigt deutlich um insgesamt 1,2 Prozent oder 176 Millionen Arbeitsstunden zurückgegangen. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen hat entsprechend in den letzten zwei Quartalen um fast fünf Stunden abgenommen.

Die schwächere konjunkturelle Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2012 und der verhaltene Verlauf 2013 machen sich auch am Arbeitsmarkt bemerkbar. Insgesamt wird der deutsche Arbeitsmarkt im Beobachtungszeitraum von einer schwachen Dynamik geprägt sein. Die Erwerbstätigkeit wird in diesem Jahr nochmals deutlich um jahresdurchschnittlich 400 000 Personen oder 1,0 % zunehmen, allerdings täuscht dies darüber hinweg, dass im Jahresverlauf die Zunahme der Erwerbstätigkeit (Inlandskonzept) stark rückläufig war. Im Jahr 2013 beläuft sich der Zuwachs dann im Jahresdurchschnitt nur noch auf 56 000 Personen (Abbildung 8, Tabelle 7). Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2012 zwar nochmals einen Rückgang um rund 80 000 Personen auf knapp 2,9 Millionen Personen verzeichnen, allerdings steigt sie bereits seit dem Frühjahr 2012, so dass der Vorjahresvergleich hier die tatsächliche Entwicklung nicht widerspiegelt. Im kommenden Jahr setzt sich der schon seit dem Frühjahr 2012 zu

ABBILDUNG 8

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden im Inland

Saison- und kalenderbereinigte Verläufe¹



— Jahresdurchschnitt (2007 = 100)
■ Prognose

¹ Werte: Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %.

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 4. Quartal 2012 Prognose des IMK.



TABELLE 7

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

	2010	2011	2012	2013
Erwerbstätige Inländer	40 566	41 116	41 511	41 568
Pendlersaldo	37	48	53	52
Erwerbstätige Inland	40 603	41 164	41 564	41 620
Arbeitnehmer	36 110	36 625	37 019	37 084
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung	27 757	28 440	28 968	29 072
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ¹	242	181	139	120
Minijobs	4 883	4 865	4 793	4 756
Ein-Euro-Jobs ²	306	188	138	145
Selbständige	4 493	4 539	4 545	4 536
geförderte Selbständige ³	154	136	76	52
Arbeitslose ⁴	3 238	2 976	2 897	2 992
Arbeitslosenquote BA ⁵	7,7	7,1	6,8	7,0
Erwerbslose ⁶	2 946	2 502	2 314	2 397
Erwerbslosenquote ⁷	6,8	5,7	5,3	5,5
konjunkturelle Kurzarbeit	456	104	70	202

¹ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Einstellungszuschuss bei Vertretung, Einstellungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsmöglichkeiten in der Entgeltvariante (Restabwicklung), Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung), Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung), Beschäftigungsphase Bürgerarbeit.

² Arbeitsmöglichkeiten.

³ Gründungszuschuss, Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit.

⁴ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

⁵ In % aller zivilen Erwerbspersonen.

⁶ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

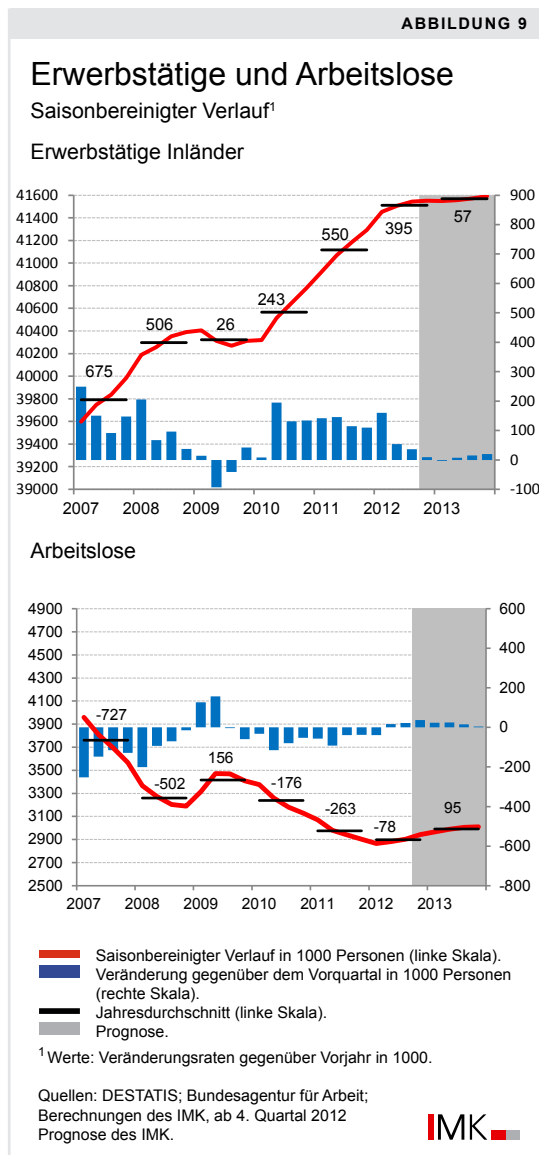
⁷ In % der inländischen Erwerbspersonen.

Quellen: DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2012 Prognose des IMK.



beobachtende Anstieg fort, und die Arbeitslosigkeit dürfte in Deutschland dann um jahresdurchschnittlich 95 000 Personen auf fast 3,0 Millionen Personen zunehmen. (Abbildung 9). Die Arbeitslosenquote wird 2013 im Jahresdurchschnitt bei 7,0 % liegen, nach 6,8 % im Jahr 2012.

Das Arbeitsvolumen dürfte 2013 voraussichtlich um jahresdurchschnittlich 0,5 % zurückgehen, nach einer Zunahme um 0,3 % im Jahr 2012. Die Jahresarbeitszeit pro Kopf wird vor allem durch die Nutzung der intern-numerischen Flexibilität, in Form von Überstundenabbau, der Guthabenreduktion auf Arbeitszeitkonten und dem Einsatz von Kurzarbeit im Jahresdurchschnitt um 0,6 % oder rund neun Arbeitsstunden zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2013 werden etwas mehr als 200 000 Arbeitnehmer konjunkturell bedingt Kurzarbeitergeld beziehen. Die Zunahme der Stundenproduktivität dürfte 2013 bei 1,3 % liegen, nach 0,4 % in diesem Jahr.



Konjunktur 2012 – Prognose und Wirklichkeit

Rückblickend auf das Jahr 2012 weist die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland eine höhere Dynamik auf als vom IMK im Dezember 2011 prognostiziert. Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wurde im Jahresdurchschnitt mit -0,1 % vorhergesagt (Horn et al. 2011). Tatsächlich dürfte das Wachstum des BIP 2011 aller Voraussicht nach 0,7 % betragen haben. Der Schätzfehler für die Wachstumsrate des BIP beträgt somit 0,8 Prozentpunkte (Tabelle K1).

Vor allem ist die Exporttätigkeit beachtlich stärker ausgefallen als erwartet. Maßgeblich hierfür war, dass die Exporte in die Länder außerhalb des Euroraums kräftiger ausfielen als prognostiziert. Die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wurde um 2,5 Prozentpunkte unterschätzt. Der Wachstumsbeitrag der Ausfuhren wurde um 1,6 Prozentpunkte massiv unterschätzt. Die Importe stiegen nur geringfügig schwächer als angenommen. Insgesamt resultiert hieraus für den Außenbeitrag ein um 1,7 Prozentpunkte höherer Wachstumsbeitrag gegenüber der Prognose von vor einem Jahr.

Die Erholung bei der Binnennachfrage insgesamt wurde deutlich überschätzt. Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch der Staatskonsum wurden nahezu treffend prognostiziert.

Hingegen wurde die Entwicklung der Investitionen spürbar überschätzt.

Der Prognosefehler bei den privaten Konsumausgaben beträgt -0,1 Prozentpunkte. Das IMK rechnete ursprünglich mit einer Zunahme um 0,7 %. Tatsächlich sind sie voraussichtlich um 0,6 % gestiegen. Sowohl die nominalen verfügbaren Einkommen als auch die in der Prognose unterstellte nahezu konstante Sparquote wurden richtig prognostiziert. Auch der Anstieg des Deflators für die Konsumausgaben wurde nahezu richtig vorhergesehen. Bei den Konsumausgaben des Staates stimmen Prognose und Wirklichkeit überein.

Die Schwächephase der Ausrüstungsinvestitionen wurde als solche erkannt, allerdings das Ausmaß deutlich unterschätzt. Die Veränderungsrate liegt mit -5,1 % fünfeneinhalb Prozentpunkte unter dem Prognosewert vom Vorjahr; der Wachstumsbeitrag fiel 0,4 Prozentpunkte niedriger aus. Die Bauinvestitionen sind mit -1,2 % deutlich stärker gesunken als die erwarteten -0,3 %; der Wachstumsbeitrag fiel allerdings nur um 0,1 Prozentpunkte niedriger aus.

Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresdurchschnitt stärker zu als erwartet; die Differenz betrug 0,6 Prozentpunkte. Hingegen ist die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt nahezu richtig prognostiziert worden. Die Arbeitslosenquote fiel nur um 0,1 Prozentpunkte niedriger aus als vorhergesehen.

TABELLE K1

Prognosevergleich Deutschland für 2012

	IMK-Prognose für 2012 im Dezember 2011		IMK-Prognose für 2012 im Dezember 2012		Differenz der Wachstums- beiträge in %-Punkten
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstums- beiträge in %-Punkten	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstums- beiträge in %-Punkten	
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-0,1	0,7	0,7	0,8
Private Haushalte	0,7	0,4	0,6	0,4	0,0
Staat	1,0	0,2	1,1	0,2	0,0
Ausrüstungen	0,4	0,0	-5,1	-0,4	-0,4
Bauten	-0,3	0,0	-1,2	-0,1	-0,1
Sonstige Anlagen	2,4	0,0	2,8	0,0	0,0
Vorratsveränderung	-	-0,1	-	-0,4	-0,3
Außenbeitrag	-	-0,6	-	1,1	1,7
Ausfuhr	1,6	0,6	4,3	2,2	1,6
Einfuhr	3,1	-1,2	2,6	-1,1	0,1

Quellen: DESTATIS, Berechnungen des IMK.



Öffentliche Haushalte profitieren von hohen Steuereinnahmen und gesunkenen Zinsen

Die Finanzpolitik hat den im Jahr 2011 begonnenen Konsolidierungskurs in unverändertem Tempo fortgesetzt. Der kontraktive Impuls betrug 2012 14 Mrd. Euro bzw. 0,5 % des BIP (Tabelle 8). Dabei hat sich der Schwerpunkt der Maßnahmen jedoch auf die Ausgabenseite verlagert (Abbildung 10), auf der die Zukunftsinvestitionen des zweiten Konjunkturpakets im Umfang von 8 Mrd. Euro planmäßig wegfielen. Auch die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung stiegen langsamer, weil in der Vergangenheit unterbliebene Kürzungen (Rentenbestandsgarantie) nun nachgeholt wurden. Von den Maßnahmen auf der Einnahmeseite, die im Wesentlichen in einer Senkung des Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung bestanden, gingen hingegen insgesamt leicht expansive Impulse aus.

Gleichzeitig haben die Steuereinnahmen in diesem Jahr weiterhin deutlich zugelegt. Bei hoher Beschäftigung und spürbaren Lohn- und Gehaltssteigerungen nahm die aufkommenstarke Lohnsteuer kräftig zu (Rietzler et al. 2012). Auch bei den Sozialbeiträgen ergab sich trotz der Senkung der Rentenbeiträge um 0,3 Prozentpunkte ein deutliches Plus. Auf der Ausgabenseite wirkte das gesunkene Zinsniveau entlastend. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich somit in diesem Jahr voraussichtlich auf -2,1 Mrd. Euro bzw.

0,1 % des BIP. Dabei weisen die Sozialversicherungen insgesamt hohe Überschüsse aus, während der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften insgesamt negativ bleibt. Der Schuldenstand wird im laufenden Jahr aufgrund von nicht defizitwirksamen finanziellen Transaktionen dennoch deutlich ansteigen. Dabei handelt es sich zum einen um den deutschen Anteil an den EFSF-Krediten sowie am

TABELLE 8

Fiskalische Impulse durch diskretionäre Maßnahmen 2012 und 2013 gegenüber dem Vorjahr

in Mrd. Euro¹

	2012	2013
Große Koalition und frühere Regierungen	-10,6	-2,2
Konjunkturpakete	-10,0	-2,5
Auslaufen der Abschreibungsvergünstigungen	-2,0	-2,5
Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand	-8,0	0,0
Sonstige Maßnahmen	-0,6	0,3
Auslaufen der Eigenheimzulage	-1,4	-0,6
Alterseinkünftegesetz	0,8	0,9
Maßnahmen seit Antritt der aktuellen Bundesregierung	-3,4	5,1
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes	-2,1	-1,3
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,6	0,0
Senkung der Luftverkehrssteuer	0,1	-0,1
Erhöhung Tabaksteuer	-0,2	-0,2
Änderung der Insolvenzordnung	-0,4	-0,2
Kürzungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen	-1,7	-0,3
Kürzungen bei disponiblen Ausgaben	-0,5	-0,5
Sozialversicherung	-0,8	4,0
Senkung des Beitragsatzes bei der GRV	2,9	6,3
Erhöhung des Beitragsatzes zur SPV	0,0	-1,1
Pflegeneuausrichtungsgesetz	0,0	1,1
Korrektur von Eingriffen in die Rentenformel	-3,7	-2,3
Sonstige Maßnahmen	-0,5	2,4
Einführung eines Betreuungsgeldes	0,0	0,3
Umsetzung des EUGH-Urteils zur Besteuerung von Dividenden	0,0	1,5
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	0,0	0,3
Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8130 Euro	0,0	0,8
Konsolidierungsmaßnahmen der Länder und Gemeinden	-0,5	-0,5
insgesamt	-14,0	2,9
in % des BIP	-0,5	0,1

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

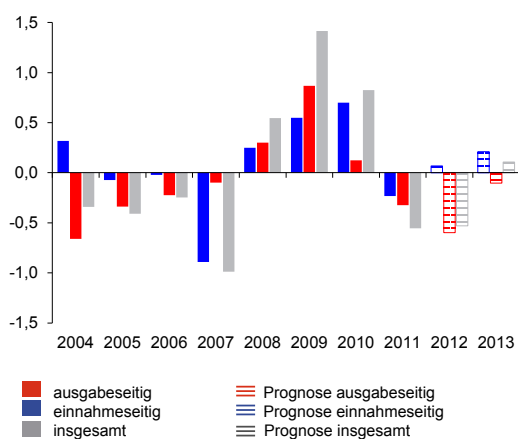
Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, BMF, Gesetzentwürfe; Schätzungen des IMK.



ABBILDUNG 10

Diskretionäre fiskalische Impulse 2004 bis 2013¹

in % des Bruttoinlandsprodukts



¹ Durch finanzpolitische Maßnahmen und Änderungen im Haushaltsvollzug jeweils gegenüber dem Vorjahr. Ohne Privatisierungserlöse und makroökonomische Rückwirkungen. Positive (negative) Impulse bedeuten eine expansive (kontraktive) Fiskalpolitik.

Quellen: diverse Gemeinschaftsdiagnosen 2004 bis 2012; Gesetzentwürfe; Statistisches Bundesamt; BMF; Berechnungen und Prognosen des IMK.



Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo und Bruttoschuldenstand 2005 bis 2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Haushaltssaldo									
- in Mrd. Euro	-73,9	-37,9	5,8	-1,9	-73,2	-103,4	-20,2	-2,1	-3,9
- in % des BIP	-3,3	-1,6	0,2	-0,1	-3,1	-4,1	-0,8	-0,1	-0,1
Bruttoschuldenstand									
- in % des BIP	68,5	68,0	65,2	66,8	74,5	82,5	80,5	82,6	81,0

Quellen: Eurostat, BMF; Berechnungen des IMK, ab 2012 Prognosen des IMK.



Eigenkapital des ESM und zum anderen um Transaktionen im Zusammenhang mit der Abwicklung der WestLB. Die Gemeinschaftsdiagnose beziffert letztere unter Berufung auf das Bundesministerium der Finanzen auf rund 50 Mrd. Euro (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2012). Wenn man diese Zahlen zugrunde legt, dürfte der Schuldenstand 82,6 % des BIP erreichen.

Im kommenden Jahr schlägt die Finanzpolitik einen annähernd neutralen Kurs ein. Während weitere Ausgaben zurückgeführt werden, kommt es auf der Einnahmeseite insgesamt zu Entlastungen im Umfang von 5,7 Mrd. Euro. Größte Einzelmaßnahme ist dabei mit einem Volumen von 6,3 Mrd. Euro die Senkung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 %. Diesem expansiven Impuls steht

jedoch unter anderem ein restriktiver Impuls von 2,5 Mrd. Euro aus dem endgültigen Auslaufen der Abschreibungsvergünstigungen des ersten Konjunkturpakets gegenüber. Betrachtet man die Ausgabe- und die Einnahmeseite insgesamt, so ergibt sich ein leicht positiver Impuls von 2,9 Mrd. Euro bzw. 0,1 % des BIP.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verbessert sich 2013 aufgrund der expansiven Maßnahmen und einer langsameren Zunahme der Steuereinnahmen nicht mehr. Auf gesamtstaatlicher Ebene wird insgesamt abermals ein annähernd ausgeglichenes Budget erreicht. Der Schuldenstand wird bei einem weiterhin spürbaren Zuwachs des nominalen BIP wieder rückläufig sein und mit 81,0 % des BIP noch etwas über dem Niveau von 2011 liegen (Tabelle 9).

Abwärts gerichtetes Risiko überwiegt

Das IMK berechnet mit Hilfe seines ökonometrischen Konjunkturmodells wie üblich neben der Basisprognose, die es für die wahrscheinlichste hält, ein Risikoszenario. Für das Jahr 2013 erscheinen die Risiken asymmetrisch in Richtung von Abwärtsrisiken verteilt. Mit anderen Worten, die Wahrscheinlichkeit einer geringeren als der vorhergesagten Konjunkturdynamik wird als höher angesehen als die einer stärkeren.

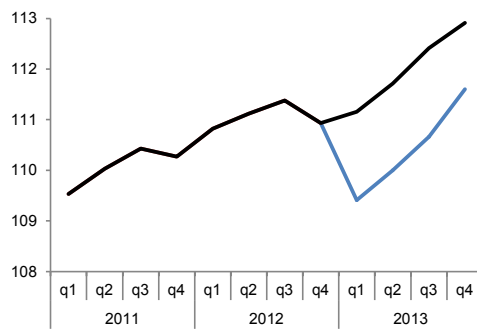
Eine solche schlechtere Entwicklung könnte sich als das Resultat eines stärkeren Einbruchs bei der Auslandsnachfrage einstellen. Zwei Elemente kommen in diesem Szenario zum Tragen. Einmal gelingt es in den USA nicht, in absehbarer Zeit eine Lösung für das „Fiscal Cliff“ zu finden, mit der Folge, dass sowohl Steuererhöhungen wie Ausgabenkürzungen automatisch greifen. Dies beeinträchtigt die US-Konjunktur erheblich mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die US-Importe. Parallel dazu käme es im Winterhalbjahr noch zu einer Verschärfung der Krise des Euroraums mit einer weiteren Reduzierung des Wachstums, einem noch stärkeren Rückgang deutscher Exporte in den Euroraum und eines Vertrauensverlusts bei den deutschen Privathaushalten und Investoren. Die Verbraucher erhöhen daraufhin ihre Sparquote und reduzieren damit den privaten Verbrauch um real 3 Mrd. Euro pro Quartal. Und die Unternehmen reduzieren ihre realen Ausrüstungsinvestitionen im gesamten Verlauf des Prognosezeitraums. Dabei sinken die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal 2013 deutlich stärker als in der Prognose unterstellt. Sie liegen im Jahr 2013 um 5 Mrd. Euro pro Quartal unter dem prognostizierten Niveau. Von einer solchen Entwicklung in den USA und im Euroraum wäre auch die Wirtschaftsentwicklung im Rest der Welt betroffen. Als Konsequenz verringern sich die deutschen Exporte insgesamt um real 6 Mrd. Euro pro Quartal.

In diesem Risikoszenario läge das Wachstum im Jahr 2013 um rund eineinhalb Prozentpunkte unter der hier vorgelegten Prognose. Im Jahresdurchschnitt 2013 würde die Wirtschaft dann statt um 0,8 % zu wachsen um 0,7 % schrumpfen. Deutschland befände sich in einer Rezession (Abbildung K1).

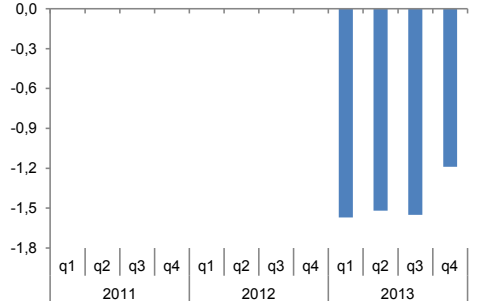
ABBILDUNG K1

Prognose und Risikoszenario

Bruttoinlandsprodukt (real, saisonbereinigt)
in Mrd. Euro



Abweichung Risikoszenario
in % gegenüber Prognose



■ negatives Risikoszenario.
■ Prognose des IMK.

Quellen: Berechnungen und Modellsimulation des IMK.



CBO (2012): An Update to the Budget and Economic Outlook: Fiscal Years 2012 to 2022. Washington.

DIW (2012): Frühjahrsgrundlinien 2012, S. 10 ff., Berlin.

Europäische Kommission (2012): Autumn Economic Forecast, S. 110, Brüssel.

Horn, G. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Lindner, F. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Tober, S. / Truger, A. / Zwiener, R. (2011): Im Bann der Austeritätspolitik, IMK Report Nr. 69.

IFW (2011): Weltkonjunktur im Winter 2011, S. 17, Kiel.

Rietzler, K. / Teichmann, D. / Truger, A. / (2012): IMK-Steuerschätzung 2012 - 2016, Kein Platz für Steuergeschenke, IMK Report Nr. 76.

RWI (2012): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahreswende 2011/2012, S. 37, Essen.

Stein, U. / Stephan, S. / Zwiener, R. (2012): Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung, IMK Report Nr. 77.

Abgeschlossen am 12. Dezember 2012

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266
IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Andrew Watt

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.